

2018-08-20

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 13.06.2018

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Lothar Ehm Stadtratsvorsitzender
Herr Frank Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Angelika Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** (ohne NPD-Mandat) **Ist: 41**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Gebhardt, Roland entschuldigt
Mau, Hans-Joachim entschuldigt
Schwabe, Jörg entschuldigt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Fessel, Lutz entschuldigt

Fraktion der SPD

Hartmann, Robert unentschuldigt

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Meier, Klaus unentschuldigt

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Grünthal, Martin entschuldigt

Mitglied der AfD

Mrosek, Andreas entschuldigt

Verwaltung

Kuras, Peter, Oberbürgermeister entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der **Vorsitzende des Stadtrates Herr Ehm** eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 35 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Herr Ehm gratuliert **Herrn Antonio Palermo, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, für seinen Erfolg als Vizemeister beim Gelato-Festival 2018 in Berlin.

2 **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, beantragt die Verweisung des Tagesordnungspunktes 7.18 - BV/155/2018/III-66 - „Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung in der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Schwerpunkt „Prüfung der Maßnahme Ersatzneubau Muldebrücke (BW 11) im Zuge der B 185 in Dessau“ vom 28.12.2017 in den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, da die Beschlussvorlage dort nicht behandelt wurde.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck informiert, dass grundsätzlich der Rechnungsprüfungsausschuss zur Vorberatung zuständig ist. Am 30.06.2018 gibt es einen Termin zur Abgabe der Stellungnahme beim Landesrechnungshof. Dieser Termin wurde bereits verlängert, was beachtet werden sollte.

Die Stellungnahme des Landesrechnungshofes liegt lang genug der Stadtverwaltung vor, bemerkte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Die Stadträte können nicht ständig von der Verwaltung unter Termindruck gesetzt werden. Für ausführliche Diskussionen gibt es die Ausschüsse.

Der **Änderungsantrag**, den TOP 7.18 von der Tagesordnung zu nehmen und an den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zu überweisen, wurde mehrheitlich **angenommen** (28:02:05).

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ehm geht bezüglich der Einwohnerfragestunde auf die Datenschutzgrundverordnung ein und verweist darauf, dass der Name und die Anschrift des Anfragenstellers nicht mehr öffentlich anzugeben ist. Künftig sind die persönlichen Angaben unter Angabe des Themas einige Tage vor der Sitzung, spätestens jedoch am Tag der Sitzung, im Büro des Stadtrates abzugeben. Bis zu einer halben Stunde vor Beginn der Sitzung sind die Anfragen direkt im jeweiligen Sitzungsraum bei dem Mitarbeiter des Sitzungsdienstes abzugeben. Es wird daraus eine Liste erstellt, in der die Themen in chronologischer Reihenfolge aufgeführt sind.

Der anfragende Bürger kann selbstverständlich der namentlichen Aufrufung zustimmen. Dies wird in der Liste vermerkt und dem Präsidium so übermittelt.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm macht auf die umfangreiche Tagesordnung aufmerksam und bittet, insbesondere hinsichtlich der Redebeiträge und Anfragen in der Einwohnerfragestunde, um Disziplin.

Während des Tagesordnungspunktes erschienen Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, und Herr Hofmeister, Fraktion Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, zur Sitzung. (37)

3 Genehmigung der Niederschriften vom 21.03.2018 und 18.04.2018

Die Niederschrift vom 21.03.2018 wurde genehmigt (32:0:5).

Die Niederschrift vom 18.04.2018 wurde genehmigt (37:0:0).

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Frau Bürgermeisterin Nußbeck gab in **Vertretung des Oberbürgermeisters, Herrn Kuras**, einen kurzen Rückblick und ging zunächst auf das **Bauhaus** ein, das in den letzten Wochen besonders oft im Fokus stand. Am 18. April, dem Tag der letzten Stadtratssitzung, fand am Abend die 100. Folge der Erfolgsserie **zdf@Bauhaus** statt. Die Dessauer Bauhausbühne ist seit mehr als 6 Jahren Schauplatz für ein neues attraktives Musikfernsehen und lockt zahlreiche Künstler an diesen Ort. Im Beisein von Anne Reif, Leiterin der Hauptredaktion Kultur beim zdf sowie Vertretern der Stadt Dessau-Roßlau, darunter der Oberbürgermeister und die Hausherrin des Bauhauses, Frau Dr. Perren, wurde das Veranstaltungsformat in einem offiziellen Rahmen gewürdigt. Ende April wurde auch der neue Dokumentarfilm **„Vom Bauen der Zukunft – 100 Jahre Bauhaus“** in der Aula des Bauhauses in Anwesenheit des Regisseurs präsentiert. Der Beigeordnete für Kultur und Wirtschaft Herr Dr. Reck hat sich persönlich ein Bild davon gemacht und ist überzeugt, dass dieser Film hervorragend geeignet ist, um für das Bauhausjubiläum zu werben. Ebenfalls werben wird ein neuer **Spielfilm**, der in den vergangenen Wochen hier in Dessau gedreht wurde. Das Bauhaus war Schauplatz für die Dreharbeiten des Dramas „Bauhaus“, das zum 100. Geburtstag im Ersten gezeigt werden soll.

Des Weiteren fand vom 19. bis 20. April ein **Treffen von Kulturdezernenten** aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen im Bauhaus statt. Es ist ein Treffen mit langer Tradition. Erstmals kam man in diesem Rahmen vor genau 25 Jahren zusammen. Eine weitere hochkarätige Veranstaltung fand am ersten Juniwochenende in den Räumen des Bauhauses statt: die **Tagung der Kulturforen der Sozialdemokratie**. Wie festgestellt werden kann, gibt es ein großes Interesse an dem Thema Bauhaus.

Dass wir viel mehr zu bieten haben, zeigte einmal mehr das **13. Hugo-Junkers-Fest**, das Mitte Mai auf dem Flugplatzgelände gefeiert wurde. Ein Highlight war die Landung einer Junkers F13, dem ersten Ganzmetallflugzeug der Welt. Frau Bürgermeisterin Nußbeck dankte der Flugplatz Dessau GmbH, den Mitgliedern des Kultur- und Heimatvereins Kleinkühnau sowie allen ansässigen Vereinen und Enthusiasten, die zum Gelingen dieses Festes beigetragen haben.

Ein weiteres Highlight finden wir im Süden unserer Stadt, vielen wird es durch die Lange Nacht der Sterne ein Begriff sein – die **astronomische Station** „Samuel Heinrich Schwabe“. Hier wurde am 2. Juni das 50-jährige Bestehen gefeiert und es ist ein absoluter Gewinn für unsere Stadt, dass wir über eine solche moderne Einrichtung verfügen.

Ende April wurde der **1. Spatenstich** für eine neue Biogasanlage gesetzt, die unser Stadtpflegebetrieb auf dem Deponiegelände errichten wird. Die Bioabfallvergärungsanlage wird künftig in einem Trockenfermentationsverfahren, die jährlich rund 12.000 Tonnen Bioabfall aus Dessau-Roßlau sowie rund 2.500 Tonnen Abfall aus der Grünpflege vergären. Es ist geplant, dass die Anlage zum Jahresende in Betrieb geht.

Sportlich ging es am vergangenen Wochenende im Paul-Greifzu-Stadion zu, wo sich internationale Größen spannende Wettkämpfe beim **20. Leichtathletik-Meeting** lieferten.

Nur wenige Tage zuvor wurde unser neues Sportbad eröffnet. Nach 22 monatiger Bauzeit wurde das Gebäude unter Einhaltung des Zeit- und Kostenrahmens in Betrieb genommen. Für die hervorragende Leistung dankte Frau Bürgermeisterin Nußbeck allen Beteiligten, die dazu beigetragen haben.

Eine weitere positive Entwicklung wurde auf dem Flugplatzgelände fortgesetzt. Hier hat der Baufachhandel **Rothkegel** am vergangenen Samstag seine neuen Räumlichkeiten eröffnet. Wir hoffen, dass dies Anreiz für weitere Ansiedlungen auf dem Flugplatzgelände sein wird.

Hier lässt es sich gut leben. Das findet zumindest das zdf, das gemeinsam mit dem Prognos Institut vor kurzem eine neue Deutschlandstudie veröffentlicht hat. So wurde der Frage nachgegangen: Wo lebt es sich am besten in Deutschland? Nach Magdeburg ist das in Sachsen-Anhalt laut dem **zdf-Ranking** die Stadt Dessau-Roßlau. Im deutschlandweiten Vergleich landen wir im guten Mittelfeld auf Platz 226 von 401. Das soll natürlich nicht über unsere Schwächen hinwegtäuschen. Wir werden weiter daran arbeiten, aber die Studie zeigt auch, warum es sich lohnt, in Dessau-Roßlau zu leben: Günstige Mieten, ein großes kulturelles Freizeitangebot, zahlreiche Erholungsgebiete, landschaftlich reizvolles Umland und vieles mehr, machen unsere Stadt zu einem lebenswerten und liebenswerten Wohnort.

Davon können Sie sich auch in unserem neuen **Imagefilm** überzeugen, der im Auftrag der Wirtschaftsförderung erstellt wurde. Dieser wird am Ende der Ausführungen gezeigt.

Aktueller Arbeitsstand

Sanierung Rathaus: Die Sanierung der Turmfassade, inkl. der Turmhaube wurde Ende Mai abgeschlossen und am 4. Juni abgenommen. Geringe Restleistungen werden derzeit noch abgearbeitet. Der Rückbau der Rüstung hat am 4. Juni begonnen und wird ca. 8 Wochen dauern. Die Demontage der Stahlträger in ca. 30m Höhe ist für Anfang Juli geplant. Aus sicherheitstechnischen Gründen wird eine zeitweilige Vollsperrung der Zerbster Straße im Bereich des Rathauses erforderlich werden.

Muldebrücke: Die letzten Pflanzarbeiten und die letzten Wasserbauarbeiten wurden im Mai vollständig abgeschlossen. Nach den Wasserbauarbeiten wurde auch die letzte Baustellenzufahrt zurückgebaut.

Georgium – Dritter Bauabschnitt: Die Restaurierungs- und Konservierungsarbeiten an Wand- und Deckenoberflächen sowie die Aufarbeitung historischer Fensterkonstruktionen werden im August abgeschlossen. **Vierter Bauabschnitt:** Die fachliche Prüfung der Zuwendungsunterlage Bau zum Förderantrag durch die Fachaufsicht Bundesbau im Ministerium für Finanzen wurde im April abgeschlossen. Im Ergebnis sind die beantragten Gesamtkosten für den 4. Bauabschnitt als angemessen bestätigt worden. Mit einer zeitnahen Bewilligung wird nun gerechnet.

Der novellierte Maßnahmebeschluss, unter Berücksichtigung weitgehender Nutzungsanforderungen wird heute unter dem TOP 7.19 behandelt. Die Aufträge für die Gebäudeplanung sowie die Planung der technischen Ausrüstung, Tragwerksplanung und restauratorische Untersuchungen sind erteilt, ebenso für die Gewerke Baustelleneinrichtung, Gerüstarbeiten, Fassadensanierung und Rekonstruktion der Fenster des Mezzaningeschosses. Die Vergaben für Bauklempner, Dachdeckerarbeiten sowie restauratorische Fassung der Innenräume stehen kurz vor dem Abschluss.

Maßnahmebeschluss für den Ersatzneubau einer Zweifeldsporthalle für den Schul-, Vereins- und Freizeitsport am Gymnasium Walter Gropius: Bereits im Jahr 2019 sollen die bisher im Zusammenhang mit der Sporthalle vorgesehenen Räume durch einen Anbau an der Schule hergestellt werden. Ein Maßnahmebeschluss hierzu wird in der ersten Stadtratssitzung nach der Sommerpause eingebracht. In diesem Zusammenhang erfolgt auch ein Paradigmenwechsel für die Sporthalle.

Sportbad Dessau: Von der gelungenen Eröffnung wurde bereits berichtet. Derzeit laufen noch die Restarbeiten für die Außenanlagen. Die Arbeiten an der Schwimmhallenseite der Helmut-Kohl-Straße sind bis auf die Buswartehalle und der Ampelanlage fertiggestellt. Derzeit wird auf der Stadionseite die Bushaldebucht sowie der Rad- und Gehweg hergestellt. Parallel wird der Ausbau des Parkplatzes ausgeführt. Das Ziel ist, alle Leistungen inkl. Bau des Parkplatzes bis Ende Juni fertig zu stellen.

Bau von Bushaltestellen inkl. Wartehallen:

13 Bushaltestellen, inklusive Wartehallen, werden erneuert.

ÖPNV-Schnittstelle Ausbau Busbahnhof:

Der Zuschlag zur Umgestaltung der ÖPNV-Schnittstelle konnte Anfang April an die Bietergemeinschaft Reif & Strabag erteilt werden. Die Arbeitsgemeinschaft hat mit den Arbeiten Anfang Mai begonnen. Diese laufen bislang planmäßig. Trotz der ver-

späteten Vergabe der Bauleistung ist es das gemeinsame Ziel, die Umgestaltung in wesentlichen Teilen noch in diesem Jahr abzuschließen.

Kavalierstraße: Die Baumaßnahme liegt im Zeitplan. Die Fertigstellung ist für Ende Dezember dieses Jahres avisiert. Die Gleisbauarbeiten sind abgeschlossen, die Haltestelle wird demnächst angelegt, Parkplatz und Erschließung des Museums zeigen einen guten Vorgang. Für das OdF-Denkmal wird derzeit eine separate Beschlussvorlage erarbeitet.

Weitere Meldungen liegen aus folgenden Bereichen vor

Aus dem Eigenbetrieb DEKITA

Der Eigenbetrieb DEKITA feierte am 1. Juni den internationalen Kindertag im Stadtpark. Tausende Kinder wurden mit ihren Eltern angelockt.

Weiterhin gibt es aus der Kindertageseinrichtung „Pustebume“ zu berichten, die als erste Einrichtung im Eigenbetrieb DeKiTa die Ganztagsversorgung in Form des „Warenkorbmodells“ umsetzt, dass sich 2/3 der Eltern in einem Umfrageprozess für die Fortsetzung dieser Ganztagsversorgung ausgesprochen haben.

Somit können die Kinder der Einrichtung nun täglich in den Genuss von frisch zubereiteten Frühstücks- und Vespermahlzeiten kommen. Begleitet wurde das Pilotprojekt durch einen Ernährungswissenschaftler. Durch die rege Teilnahme und das positiv ausgefallene Ergebnis ist es gelungen, die Eltern davon zu überzeugen.

Aus dem Jugendamt

Zum zweiten Mal wurde durch das Jugendamt die „Woche der Familie“ organisiert. In Zusammenarbeit mit anderen freien Trägern und Akteuren der Jugendhilfe gab es mehrere gelungene Veranstaltungen rund um das Thema Familie. Durch die Veranstalter wurde an allen Tagen ein guter Besuch registriert, vor allem am Freitag, mit dem Sommerkino im Stadtpark.

Aus dem Bildungsbüro

Mit Frist zum 14. Dezember 2017 wurde ein Interessensbekundungsverfahren zur Umsetzung des Bundesprogramms BIWAQ „Bildung, Arbeit und Wirtschaft im Quartier“ durch das Bildungsbüro abgegeben. Ende April wurden wir darüber informiert, dass die Stadt Dessau-Roßlau leider keine Berücksichtigung findet.

Des Weiteren lädt die Stadtverwaltung zu folgenden Veranstaltungen ein: zum dritten Fest der Begegnung im Pollingpark, am 16. Juni in der Zeit von 11:00 bis 17:00 Uhr, am kommenden Sonntag zum Tierparkfest, zum Toleranz-Cup im Stadtpark, der am 22.06., um 14 Uhr, stattfinden wird.

Aus dem Referat für Sportförderung

Für alle Fußballfans öffnet wieder im Rathaus-Innenhof die Stadtwerke Fanarena beginnend mit dem Spiel Deutschland gegen Mexiko am kommenden Sonntag. Alle Spiele der deutschen Nationalmannschaft sind hier live bei freiem Eintritt zu sehen. Sollte die deutsche Mannschaft die Endrunde der WM bis zum Finale bestreiten, erwarten die Fans insgesamt sieben Öffnungstage.

Abschließend wurde ein Imagefilm über die Stadt Dessau-Roßlau gezeigt.

Herr Rumpf, CDU-Fraktion, erschien während des Tagesordnungspunktes zur Sitzung (38).

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Stadtrates am 18.04.2018 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

Während des Tagesordnungspunktes erschien **Herr Trocha, Freie Fraktion**, zur Sitzung(39).

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16.20 Uhr

Bürger 1 zum Thema: „Heizkosten der DWG“.

Herr Stephany gibt seinen Namen öffentlich bekannt. Er wohnt in Dessau-Nord und sein Vermieter ist die Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH. Er erklärt, wenn der Mindestwärmeschutz von den obersten Geschossdecken nicht gewährleistet ist, sind gemäß § 10 der Energiesparverordnung vom November 2013 die Geschossdecken unterhalb der begehbaren Dachräume mit einer zusätzlichen Wärmedämmung zu versehen. Dies trifft in seinem Fall zu und dadurch entsteht ein erhöhter Wärmeverbrauch. Damit verbunden entstehen jährliche Heizkosten in Höhe von 400 bis 500 Euro. Da bislang durch die DWG die ab 01.01.2016 geltende Vorschrift nicht umgesetzt wurde, hatte er bereits eine schriftliche Beschwerde an den Vermieter gerichtet. Daraufhin kam die Antwort, dass eine Mietpreisminderung abgelehnt wird, da laut dem Landgericht Köln die Nachrüstpflichten des Vermieters bei Verstößen gegen die Energiesparverordnung keine zivilrechtlichen, sondern ausschließlich öffentlich-rechtliche Pflichten des Vermieters sind. Auf Anfrage beim Bauordnungsamt kam dann die Antwort, dass die vorhandene Geschossdecke nicht die Forderung des Mindestwärmeschutzes erfüllt. Die DWG plant das Gebäude im Jahr 2019 zu sanieren. Seitens des Bauordnungsamtes soll der Vorgang im Auge behalten werden, da momentan keine Gefahr im Verzuge ist. Er kann nicht beurteilen, weshalb die DWG es nicht geschafft, innerhalb der Jahre 2014 und 2015 die Wärmedämmung der Verordnung anzupassen. Die Arbeit an den Dachschrägen hätte nicht viel Arbeit erfordert, aber das Versäumnis der DWG, ohne das geringste Entgegenkommen, findet er nicht in Ordnung. Er hofft, dass der Aufsichtsrat der DWG einen Ausgleich für die Mieterschaft bei ungerechtfertigtem Heizkostenverbrauch findet.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, sagte keine sofortige Antwort zu. Jedoch sitzen die Mitglieder des Aufsichtsrates der DWG im Stadtrat und werden die Anfrage entgegennehmen.

Bürger 2 zum Thema: „Winterdienst / VA Stadt Straßeninstandhaltung“.

Herr Wilhelm Falb gibt seinen Namen sowie seine Anschrift öffentlich bekannt. In der Sitzung des Stadtrates am 18.04.2018 wurde seinerseits bereits das Problem mit dem Winterdienst vorgetragen. Auf dem Fußweg und der Straße im Johannisthaler Weg sammelt sich das Wasser, welches durch vorbeifahrende Autos hochgespritzt wird. Er stellte die Anfrage, ob er für das Vereisen des Spritzwassers ebenfalls verantwortlich ist. Nach 8 Wochen hat er heute vom Tiefbauamt das Antwortschreiben zu seiner Anfrage am 18.04.2018 erhalten. In dem Antwortschreiben steht, dass er für diese Situation ebenfalls zuständig ist. Es stellt sich die Frage, wie er das realisieren kann, wenn er für mehrere Tage wegfahren möchte. Ein Dienstleister kommt bei Schneefall oder bei der Vereisung des ganzen Stadtgebietes, aber nicht bei gefrorenem Spritzwasser. Außerdem hatte Herr Falb in der letzten Sitzung Herrn Pfefferkorn persönlich gebeten, ihm das Wort „unverzüglich“ zu erklären. Die Definition in Bezug auf die Winterdienstsatzung erschließt sich ihm nicht.

Herr Ehm sichert Herrn Falb eine schriftliche Antwort zu.

Bürger 3 zum Thema: „Windpark Mosigkau“.

Herr Weber gibt seinen Namen und Anschrift öffentlich bekannt. Die Anfrage nimmt Bezug auf die regionale Planungskommission, welche am 30.05.2018 im Ratssaal des Rathauses in Dessau stattgefunden hat. Es ging dabei um die Erweiterung des Eignungsgebietes des Windparks in Mosigkau. Im Protokoll wird immer auf den Schutz des Weltkulturerbes und des Denkmalschutzes hingewiesen. Die angehenden Höhenbegrenzungen sind daher über eine sogenannte Bauleitplanung beziehungsweise über eine Einzelgenehmigung zu regeln. Er findet es in Ordnung, dass die Stadt Dessau-Roßlau noch einmal die Widersprüche kundgetan und dafür gekämpft hat, dass dort eine andere Regelung zu Gunsten des Eignungsgebietes des Windparks gefunden wird. Jedoch hat sich die Mehrheit anders entschieden. Nun besteht die Frage, ob die Stadt Dessau-Roßlau mit dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld darüber nachdenkt, zum Schutz des Weltkulturerbes Dessau-Wörlitzer-Gartenreich mit der Kernzone in Mosigkau, eine Bauleitplanung einzuführen. Die Bürger haben kein Problem mit der Richtung der Windräder, sondern mit der Höhenabstandsbegrenzung. Die Höhenabstandsbegrenzung sollte nicht im Einzelfall entschieden werden, sondern für den ganzen Windpark sowie eine Kombination von Abschaltautomatiken, die die Belästigung zu bestimmten Tageszeiten oder bei bestimmten Windstärken einschränkt. **Herr Weber** stellte erneut die Frage, ob die Stadt Dessau-Roßlau zusammen mit dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld über eine solche Bauleitplanung nachdenkt.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, gibt die gleiche Antwort wie bei der letzten Anfrage. So wird im Moment davon ausgegangen eine Einzelfallprüfung mit Betriebs- und Stillstandszeiten durchzuführen. Dies kann eine Einzelgenehmigung ebenso gut regeln wie ein Bebauungsplan. Wenn die Windkraft-

anlagen auf der Fläche der Stadt Dessau-Roßlau das Weltkulturerbe, oder sogar die Bevölkerung und die Natur beeinträchtigen, dann lässt sich das über einen Einzelfall schlüssiger lösen. Dies kann auch mit dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld angegangen werden, jedoch kennt Sie deren Positionierung dazu nicht.

Herr Weber bezog sich weiterhin auf den Umsteigebetrieb des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs sowie den Schülerverkehr am Karoliusplatz, was in der Öffentlichkeit schon für Aufmerksamkeit gesorgt hat. Die Dessauer Verkehrsgesellschaft mbH (DVG) hat diesen mit dem Fahrplanwechsel eingeführt. Die Stadt Dessau-Roßlau sollte darüber nachdenken, ob sie den Umsteigebetrieb weiter gewährleisten will, da Kindern eigentlich beigebracht wird, nicht in Personenkraftwagen oder Transportern einzusteigen.

Er bittet die Stadträte Einfluss zu nehmen, da den Schülern sowie den älteren Einwohnern ein ständiges Umsteigen nicht zugemutet werden kann. Ihm ist bewusst, dass die Entscheidung der DVG zu Gunsten der Buslinie nach Mühlstedt erfolgt ist. Dennoch sollte dies überprüft werden. Er steht auch gern für ein persönliches Gespräch zur Verfügung.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, merkt an, dass Herr Weber gegebenenfalls aufgefordert wird, an einem Termin teilzunehmen.

Bürger 4

Es wird angemerkt, dass der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ehm die Regelung zur Bürgerfragestunde soeben erst bekanntgegeben hat und die Fragestellung somit nicht vorab angegeben werden konnte. Ständig wird in der Einwohnerfragestunde darauf gedrängt, dass der Bürger seine Fragen zu stellen hat. Bei seiner letzten Anfrage wurde er nach 44 Sekunden unterbrochen. In der Geschäftsordnung steht klar: „Die Einwohner der Stadt Dessau-Roßlau haben das Recht, sich mündlich, schriftlich oder zur Niederschrift mit Anregungen und Beschwerden an den Stadtrat zu wenden“. Im nächsten Absatz ist klar definiert: „Jeder Einwohner ist nach Angabe seines Namens und seiner Anschrift berechtigt, Fragen zu stellen. Jeder Fragesteller ist berechtigt, bis zu 3 Fragen zu stellen“. Der Bürger ist berechtigt, aber sicher nicht verpflichtet. Das ist für ihn ein großer Unterschied. Des Weiteren wird auf eine Redezeit von 3 Minuten verwiesen, was in der Geschäftsordnung ersichtlich ist. Lediglich für die Stadträte gibt es die klaren Vorgaben für die Redezeit. Es stellt sich die Frage, ob man die Geschäftsordnung nicht kennt, oder ob absichtlich versucht wird, den Bürgern dieses Recht zu verwehren.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, sichert eine Antwort zu.

Dies wurde ihm schon einmal zugesichert, entgegnet Bürger 4. Die Beantwortungen der Fragen in der Einwohnerfragestunde sind nach §5 Abs. 6 klar geregelt. Wenn die Beantwortung der Frage in der Sitzung nicht möglich ist, dann erhält der Bürger eine schriftliche Antwort. Er hat Angst, dass die Verwaltung die Geschäftsordnung einfach ändert, um dieses Verhalten durchzusetzen. Sollte die Verwaltung eine Änderung vorlegen, bittet er die Stadträte dies nicht zuzulassen. Die Bürger haben auch manchmal eine Anregung, die nicht in 3 Minuten vorgebracht werden kann. Er bittet

die Stadträte jegliche Änderungen bezüglich der Einwohnerfragestunde abzulehnen und Verständnis für die Bürger zu haben.

Bürger 5

In der Mitteldeutschen Zeitung vom 24.04.2018 wurde der Spatenstich zu einer Biogasanlage auf dem Dessauer Schärbelberg gesetzt, was ist ein gutes Zeichen für den Umweltschutz und zu begrüßen ist. Er sieht darin auch große Vorteile für die Dessauer Bürger. Mit der Betreibung der Anlage tritt für die Bürger ein positiver Effekt ein. Der Bioabfall wird zu einem wertvollen Rohstoff für die Energiegewinnung. Ihn interessiert, da nun kein Bürger Bioabfall, sondern Rohstoffe produziert, wie sich das auf die Müllgebühren auswirkt. Außerdem fragt er, ob der produzierte Strom für Schulen und Kindergärten genutzt wird, um auf diesem Weg den Haushalt zu entlasten. Die Anlage wird mit dem Geld der Dessauer Bürger gebaut und diese stellen die Rohstoffe kostenlos zur Verfügung. Er stellt die Frage, was der Bürger von dieser Biogasanlage hat.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck legte in Beantwortung dar, dass bei der Entscheidung für die Verwertungsanlage umweltrechtliche Aspekte zur Energieerzeugung mit einbezogen wurden. Es wurde eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durchgeführt, um die Auswirkungen auf den Preis zu bewerten. Nun werden die Bioabfälle selber verwertet, anstatt diese zu einer externen Firma zu transportieren und für die Verwertung zu bezahlen. Diese Anlage wird aus Mitteln des Eigenbetriebes errichtet, aber es wird nicht kostenlos produziert. Dort entstehen Betriebskosten für den laufenden Betrieb, Personal- und Transportkosten. Daher verursachen der Bioabfall sowie die Verwertung weiterhin Kosten.

Die Energie wird dann in das öffentliche Netz eingespeist, wodurch die Stadt Dessau-Roßlau nach dem EEG (Energieeinspeisungsgesetz) eine Vergütung erhält, was in die Kalkulation der Preise mit einfließt. Jedoch kann der eingeleitete Strom im öffentlichen Netz nicht kontrolliert werden. Die Deponie produziert schon sehr lange das Methangas, was ebenfalls in das Netz eingespeist wurde. Da die CO₂-Werte immer schlechter wurden war der Energiewert nicht mehr so hoch. Nun kann das Gas der Bioabfallanlage mit dem der Deponie gemischt werden, um auf der Deponie keine Fackeln brennen lassen zu müssen. Eine Preissenkung kann nicht zugesichert werden, jedoch wurde alles dafür getan, um mit dieser Maßnahme in Zukunft keine Preiserhöhungen zu bekommen.

Bürger 6

Frau Lechler gibt Ihren Namen sowie ihre Anschrift öffentlich bekannt. Es geht um den Bussteig 1 am Hauptbahnhof, wo sich eine Gefahrenstelle befindet, an der sie vor 14 Tagen fast gestürzt wäre. Trotz Meldung ist die Gefahrenstelle immer noch vorhanden, sie wurde lediglich rot markiert.

Frau Lechler bestätigte auf Nachfrage von **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass sich die Gefahrenstelle im Areal der Umbauarbeiten befindet. Sie könne noch einmal bei der DVG nachfragen, wann dies erledigt wird, merkte **Frau Schlonski** an.

Aufgrund der Anmerkung von **Frau Lechler**, dass die Gefahrenstelle innerhalb weniger Tage beseitigt werden würden, wenn die Kollegen der Stadtverwaltung mit dem Bus nach Roßlau fahren müssten, anstatt mit dem Auto, erwidert **Frau Schlonski**, dass viele Kollegen jeden Tag die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen.

Bürger 7

Herr Ginzkey gibt seinen Namen öffentlich bekannt. Er stellt an Frau Schlonski die Frage, wann die Linie 4 bis nach Mildensee erweitert wird und ob die Schienen aus der Kavaliertstraße nun ab dem Friedhof 3 eingebaut wurden.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erwidert, dass die alten Schienen verbraucht sind und ausgemustert werden. Es wird außerdem keine Erweiterung der Straßenbahnlinie geben, da dies aus wirtschaftlichen Gründen für die DVG nicht abbildbar ist.

Herr Ginzkey ist verwundert, da ihm der Einbau der Schienen zugesagt wurde. Die Einwohner im Heinz-Steyer-Ring wären froh, wenn sie ihre Linie wieder hätten, da diese genutzt wurde, um „Am Leipziger Tor“ einzukaufen.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, weist Herrn Ginzkey darauf hin, dass die Einwohnerfragestunde nicht für Dialoge genutzt werden kann.

Herr Ginzkey bezog sich an die Geschäftsführerin der DWG Frau Passlack gewandt auf die Friedhofstraße. Diesbezüglich hatte er vorgeschlagen, Herrn Neumann einzubeziehen, nun hat sich aber Herr Geissel dafür beworben, welcher die Y-Häuser sehr gut saniert hat.

Abschließend lobt Herr Ginzkey das Discozelt an der „Alten Landebahn“. Für die Wintermonate schlägt er das Gebäude an der Fiene oder die Südschwimmhalle vor.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gibt bekannt, dass es in der Presse zur Regelung der Datenschutzgrundverordnung noch eine Information geben wird.

Während des Tagesordnungspunktes erschienen **Herr Kolze, CDU-Fraktion** und **Herr Semper, Fraktion die Linke** zur Sitzung. (41)

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Aktuelle Informationen aus der Stadtmarketinggesellschaft

Die **Geschäftsführerin** und der **Geschäftsführer der Stadtmarketinggesellschaft, Frau Lange und Herr Fackiner**, geben anhand einer Power-Point-Präsentation Informationen aus der Stadtmarketinggesellschaft. Diese sind der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

- 6.2** **Jährliche Berichterstattung an die Kommunalaufsichtsbehörde zur Entgegennahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA im Zeitraum 16. Juni 2017 bis 10. Mai 2018**
Vorlage: IV/020/2018/II

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

- 6.3** **Information zur Schwarzwildproblematik in der Stadt Dessau-Roßlau und den eingeleiteten Maßnahmen zur Reduzierung des Schwarzwildbestandes**
Vorlage: IV/026/2018/II-32

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, fragt, wie in Zukunft schneller auf solche Gefahrenpotentiale reagiert werden kann, damit der Unmut der Bürger nicht zu hoch wird.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erwidert, dass das Problem bei weitem nicht behoben ist. Die konventionellen Methoden der Jagd helfen hier nicht mehr. Es ist keine Ursache die die Stadt gesetzt hat, sondern der Auswuchs von vielen gemeinschaftlichen Dingen. Dazu gehören unter anderem auch das Klima, der landwirtschaftliche Anbau sowie nicht unterhaltene und gepflegte Grünflächen. Die Informationsvorlage soll zeigen, dass dieses Problem in Bearbeitung ist. Es gibt verschiedene Wege um eine Lösung herbeizuführen, aber diese sollten zuerst in einem kleinen Kreis diskutiert werden. Es gab einen Vorfall in Mosigkau bei dem hinterher gegen die Jäger Anzeige erstattet wurde. Deshalb muss dort mehr getan werden, aber dies geht nur mit dem Einverständnis der Stadträte.

6.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, gibt eine Klarstellung gegenüber Frau Schlonski ab. Am 09.06.2018 gab es einen Artikel in der Zeitung zum Thema „Jahnstraße“. Frau Schlonski hatte sich erfreut geäußert, dass dort Investitionen möglich werden. Herr Tschammer war mit seiner Gesellschaft diesbezüglich lange aktiv gewesen. Da die Äußerung auftrat, dass der Eigentümer der Jahnstraße 7 noch nicht investiert hat, erinnert er daran, dass der Eigentümer sich sehr vehement an den Stadtrat und den Oberbürgermeister gewandt hat. Er hatte sich engagiert gezeigt, dass er dort etwas in Zusammenarbeit mit der Hochschule Anhalt und den Studenten als öffentliche Nutzung auf die Beine stellen wollte. Auch hatte er einen Geldgeber aus den USA. Da die Stadtverwaltung das nicht als realisierbar gesehen hat, wurde das dem Stadtrat nicht zur Beschlussfassung empfohlen. Es müsse erwähnt werden, dass der Eigentümer etwas vorhatte, aber der Stadtrat andere Prioritäten gesetzt hat.

Frau Müller, SPD-Fraktion, macht auf eine große Eiche vor dem Hauptbahnhof aufmerksam, bei der ein großer Teil der Rinde zerstört ist und fragt, welche Maßnahmen diesbezüglich getroffen werden können.

Des Weiteren stellt sie die Frage, ob in bestimmten Stadtvierteln eingezäunte Hundespielflächen errichtet werden können, welche die Hundebesitzer natürlich selber pflegen würden. Die Hunde können kein Sozialverhalten erlernen, wenn sie nur an der Leine geführt werden und sich nicht frei austoben können.

Auf eine Anfrage bezüglich der Aufstellung von Bänken am Muldewehr vor 4 Wochen, verweist Frau Müller auf die lapidare Antwort, dass auf der Einwohnerzahl gesehen, genügend Bänke vorhanden sind und macht darauf aufmerksam, dass es am Muldewehr trotzdem keine gibt.

Abschließend verweist sie auf die an der Stadionseite bei der Helmut-Kohl-Straße entstehende Bushaltestelle. Sie fragt, ob für die Kinder ein Zebrastreifen oder Sonstiges angebracht wird, um eine sichere Überquerung der Straße zu gewährleisten.

Für die Überquerung wird eine Ampelanlage eingeführt, erwidert **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**.

Frau Storz, 2. Stellv. Stadtratsvorsitzende und Fraktion der SPD, lobt die neue Schwimmsporthalle, jedoch müssen die Öffnungszeiten angepasst werden. Momentan ist diese ab Samstagmittag und der ganze Sonntag geschlossen, weshalb sie sich bereits an Herrn Beigeordneten Dr. Reck gewandt hat. Sie wirbt dafür, Schwimmaufsichtspersonen auszubilden und anzuwerben.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, bemerkt, dass es wünschenswert ist, dass ein Sportbad auch am Samstag und am Sonntag zu normalen Öffnungszeiten geöffnet hat. Die gegenwärtige Personalausstattung an Badeaufsichten lässt dies allerdings nicht zu. Es gibt 7 Badeaufsichten für 3 Bäder in der Stadt Dessau-Roßlau. Diese werden auf das Freibad in Roßlau, das Gesundheitsbad und dem Sportbad aufgeteilt. Es ist schwierig mehr Personal zu finden und daher wurde dem Haupt- und Personalamt mitgeteilt, dass der Wille zur Ausbildung da ist. Mit Auszubildenden kann in den Sportbädern ein gewisser Ausgleich geschaffen werden. Die zweite Maßnahme wäre die Beantragung einer zusätzlichen Stelle oder einem Versetzungsantrag aus dem Servicebereich. Allerdings wurden mit der Eröffnung des Sportbades die Öffnungszeiten gegenüber der Südschwimmhalle erweitert. Im Sommer 2019 soll das Sportbad dann auch am Wochenende normal geöffnet haben. Dafür wird sich Herr Dr. Reck mit aller Kraft einsetzen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, verweist auf die zur Eröffnungsveranstaltung der Fa. Rothkegel bereits hingewiesene Einfahrtsituation zu diesem neuen Objekt, welche katastrophal ist und die nächsten Unfälle dort vorprogrammiert sind. Von dem Investor weiß Herr Otto, dass dieser den Umbau sogar selber finanzieren wollte, aber die Verwaltung wohl andere Vorstellungen hatte. Es kann nicht sein, dass eine solche Investition über lange Zeit begleitet wird und nun keine Abbiegespur vorhanden ist, sondern eine Insel, die dies auch noch behindert. Sein Appell an den Oberbürgermeister war, schnellstmöglich für Abhilfe zu sorgen, bevor dort ein Unfall passiert.

Außerdem weist **Herr Otto** darauf hin, dass er im Rahmen der Diskussion zur Schwimmhalle dafür geworben hat, dieses Objekt in eine private Trägerschaft zu geben. Ein privater Träger kann viel wirtschaftlicher handeln und andere Öffnungszeiten garantieren. Außerdem könnte dieser Zusatzinvestitionen schaffen, die heute von einem Bad erwartet werden.

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, hat in der letzten Sitzung des Stadtrates eine Anfrage bezüglich des digitalen Ausbaus in den Schulen gestellt und die Antwort dazu heute Morgen schriftlich erhalten. Wenn die Haushaltssperren die beantragten Mittel blockieren und nicht rechtzeitig abgerufen werden, dann sind diese Mittel weg. Er bat um eine Konkretisierung des Beginns der Baumaßnahmen.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck entschuldigt sich für die gegebene Antwort. Diese ist nicht korrekt, denn der Investitionsplan ist nicht durch die Haushaltssperre gesperrt, sodass die Maßnahme umgesetzt werden kann. Das Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt wird ihm einen neuen Zeitplan mitteilen.

Frau Perl, SPD-Fraktion, merkt an, dass sich ein Bürger bei ihr gemeldet hat, der zum Zoberberg gezogen ist und sich Sorgen macht, dass seine Wohnung abgerissen wird. Sie, Frau Perl, verwies auf das bestätigte Stadtentwicklungskonzept und dass der Zoberberg unzweifelhaft ein Stadtumbaugebiet ist. Jedoch würde Niemand auf die Idee kommen, behindertengerechte und barrierearme Wohnungen abzureißen. Sie fragt, wer die Entscheidungen trifft, ob ein Objekt abgerissen wird und wann die Fördermittel im Stadtumbau für den Rückbau beantragt werden. Sie würde dem Bürger gern sagen, ob er gefährdet ist oder nicht.

7 Beschlussfassungen

7.1 Wahl des/der Beigeordneten für Finanzen Vorlage: BV/082/2018/I-OB

Auf Nachfrage von Herrn Berghäuser, Fraktion Die Linke, gab **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, das Abstimmungsergebnis des Haupt- und Personalausschusses mit 9:0:1 bekannt.

Beschluss:

Der Stadtrat Dessau-Roßlau beschließt auf eine Ausschreibung der Stelle der /des Beigeordneten für Finanzen im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau gemäß § 69 Abs 2 der Kommunalverfassung Sachsen-Anhalt zu verzichten. Frau Bürgermeisterin Sabrina Nußbeck wird sich als bisherige Amtsinhaberin im Stadtrat zur Wiederwahl stellen.

Abstimmungsergebnis: 37:02:02

7.2 Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss 2018 Vorlage: BV/126/2018/II-30

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, gab bekannt, dass in Abstimmung mit dem Rechtsamt die Personen einzeln gewählt werden müssen. Die Stadträtinnen und Stadträte erklärten sich einstimmig damit einverstanden, über die aufgeführten Vertrauenspersonen und Ersatzpersonen offen abzustimmen.

Herr Ehm rief die zu wählenden Vertrauenspersonen in alphabetischer Reihenfolge auf, die mit folgendem Ergebnis gewählt wurden:

Katrin Czekalla – 41:00:00
Christina Heyland – 41:00:00
Jens Kauß – 41:00:00
Stephan Kirchner – 41:00:00
Steffen Kuras – 41:00:00
Doreen Ochmann – 41:00:00
Benjamin Völker – 41:00:00

Ersatzpersonen:

Kathrin Schulz – 41:00:00
Veronika Wendeborn – 41:00:00

Auf die Frage von **Herrn Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, zum Anteil der Vertrauenspersonen aus der Stadtverwaltung, bemerkte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**, dass der Anteil bei 100% liegt.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gab bekannt, dass ein Bürger seit der Behandlung der Beschlussvorlagen dreht. Er hat eine Presseakkreditierung von einem Verlag, die dem Stadtratsbüro vorliegt. Nach der Kommunalverfassung des Landes Sachsen-Anhalt ist es möglich, in der Stadtratssitzung zu drehen.

Auf Nachfrage von Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke, bat der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ehm den Bürger, ihm die Akkreditierung vorzulegen, die er verlas: „Sehr geehrter ..., hiermit bescheinigen wir ihnen die Zusammenarbeit mit der Deutschen Stimme Verlags GmbH, der Monatszeitung Deutsche Stimme und der Onlineausgabe unter [www.deutsche-stimme](http://www.deutsche-stimme.de) sowie dem Internet TV-Angebot DSTV im presserechtlichen Sinne. Insbesondere beauftrage ich sie mit der filmischen Begleitung von öffentlichen Gemeinde-, Stadtrates- und Kreistagssitzungen in Sachsen-Anhalt und diesbezüglicher Berichterstattung.“

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, fragte nach, wer presserechtlich verantwortlich ist, also wer hinter der Zeitung steht. **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates** gab bekannt, dass Herr Peter Schreiber Geschäftsführer und Chefredakteur mit der Hausanschrift Geschwister-Scholl-Str. 4 in 01591 Riesa, ist.

Beschluss:

Wahl von sieben Vertrauenspersonen und zwei Ersatzvertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss

Abstimmungsergebnis: siehe Wahlergebnis.

7.3 Wahl eines weiteren beratenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss

Vorlage: BV/161/2018/V-51

Beschluss:

Der Stadtrat wählt einen Vertreter des Vorstandes des Stadtelternrates als weiteres ständiges beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

7.4 Einführung einer Ehrenamtskarte in Dessau-Roßlau

Vorlage: FV/006/2018/CDU

Herr Adamek, CDU-Fraktion, verweist auf die mehrheitliche Einigung in den Ausschüssen. Es ist Zeit, den Ehrenamtlichen Danke zu sagen, auch wenn keine Not besteht und wir kein Hochwasser haben. Den Ehrenamtlichen, die in dieser Stadt, egal ob im Katastrophenschutz, im sozialen oder kulturellen Bereich tätig sind, müsse gedankt und etwas zurückgegeben werden. Er unterstrich, wie wichtig das Ehrenamt für die Stadt, das Bundesland und für ganz Deutschland ist, denn, wenn wir die Ehrenämter nicht hätten, würde es ganz anders aussehen. Er geht davon aus, dass die Umsetzung nicht so lange dauert, wie andere Beschlussvorlagen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, begrüßt im Namen seiner Fraktion diese Initiative. Er stellte folgenden **Ergänzungsantrag: Zur Stadtratssitzung im April 2019 gibt die Stadtverwaltung einen Bericht zum Stand der Umsetzung des Beschlusses.**

Der Änderungsantrag wurde seitens des Einreichers übernommen.

Beschluss:

Die Stadt Dessau-Roßlau führt zur Stärkung des Ehrenamts mit Wirkung vom 01.01.2019 eine Ehrenamtskarte ein. Zur Stadtratssitzung im April 2019 gibt die Stadtverwaltung einen Bericht zum Stand der Umsetzung des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: 40:00:01

7.5 Erklärung des Stadtrates Dessau-Roßlau zur Schließung des Bauhauses im Jahre 1932 in Dessau
Vorlage: FV/001/2018/StR

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verweist auf die ausführliche Diskussion der Beschlussvorlage in der Öffentlichkeit und dankte für die guten und fairen Diskussionen. In der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses wurde ein Kompromiss für folgende Ergänzung des Beschlusses gefunden:

Im Beschlussvorschlag wird die Formulierung „bittet um Entschuldigung für das Geschehen und“ gestrichen und durch das Wort „bedauern“ ersetzt. In der Anlage 1 wird im 2. Absatz das Wort „entschuldigen“ gestrichen und durch „sein Bedauern ausdrücken“ ersetzt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, dankt den Fraktionen für die gute Zusammenarbeit. Mit dieser Beschlussvorlage öffnet sich unsere Heimatstadt mit einer neuen Qualität.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gab das Abstimmungsergebnis des Haupt- und Personalausschusses mit 5:0:5 bekannt.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, korrigiert Herrn Ehm dahingehend, dass das genannte Abstimmungsergebnis zur Änderung war und die geänderte Beschlussvorlage nicht noch einmal abgestimmt wurde, was jedoch nichts daran ändert, dass der Stadtrat jetzt darüber abstimmen kann. Er hatte im Haupt- und Personalausschuss noch einmal kritische Worte zur Frage des Adressaten der Entschuldigung geäußert. Nun ist es keine Entschuldigung mehr, sondern ein Bedauern. Es wäre wichtiger, die positiven Dinge anzusprechen, anstatt immer zurückzuschauen, denn bis heute hat er Niemanden getroffen, der ihn nach den damaligen Zeiten gefragt hat. Als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen möchte er die Chance nutzen, das Bekenntnis an das Bauhaus nach der Wende aufzuzeigen. Es werden jährlich 152.000 € in die Stiftung des Bauhauses und 200.000 € Betriebskosten für die Meisterhäuser ausgegeben. In diesem Jahr werden 20.000 € Betriebskosten für das Bauhausmuseum aufgewendet und in 2019 werden es dann jährlich 58.000 € sein. Für Veranstaltungen werden in diesem Jahr 62.000 € und in 2019 dann 87.000 € ausgegeben. Für die Raumbühne im Rahmen des Bauhausjubiläums werden in 2018 und 2019 insgesamt 175.000 € verwendet. Im Jahr 2019 kommen dann noch einmal 110.000 € für Projekte hinzu. Nicht erwähnt sind die Millionen, die für die Meisterhäuser ausgegeben wurden. Es kann keinen Zweifel geben, dass sich dieser Stadtrat uneingeschränkt zu diesem Bauhaus bekennt und immer bekannt hat.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion, führt aus, dass ein Entschuldigen, ein Bedauern oder Distanzieren auf eine Verurteilung der Dessauer Gemeinderäte von 1932 hinaus läuft. Monatelang hat sich dieser Stadtrat mit nur einem Wort beschäftigt und gefeilscht. Eine inhaltliche Debatte fand überhaupt nicht statt, dies ist für ihn blama-

bel und muss nachgeholt werden. Die Bauhausgründung 1919 in Weimar erfolgte in einer extrem bewegten Zeit. Nach dem ersten Weltkrieg und dem Ende der Monarchie herrschte eine allesumfassende Aufbruchsstimmung und der Kampf um die zukünftige Ausrichtung der Gesellschaft tobte in ganz Europa. Deutschland erhielt unter Führung der SPD zusammen mit der Weimarer Republik, die erste demokratische Staatsform, welche von linken und rechten Extremisten (KPD und NSDAP) heftig attackiert wurde. Auch unter den Schülern und späteren Studenten des Bauhauses fand eine politische Betätigung besonders am Standort Dessau statt. Die wissenschaftliche Expertise von Michael Siebenbrodt vom Bauhausmuseum Weimar zur Rolle der Kommunisten und anderer fortschrittlicher Kräfte am Bauhaus dokumentiert, dass schon im Sommer 1927 im Bauhaus Dessau eine kommunistische Zelle gegründet wurde, die ein Viertel der Bauhausstudenten hinter sich versammeln konnte. Diese KPD-Zelle am Bauhaus war straff in die Struktur der Dessauer Kommunisten eingebunden und beteiligte sich sehr aktiv an allen Kampf-, Agitations- und Propagandaveranstaltungen. Als Gropius 1928 als Dessauer Direktor zurücktrat und sich in sein privates Berliner Architektenbüro zurückzog, intensivierte sich die Entwicklung des kommunistischen Gedankengutes durch Herrn Hannes Meyer, der verkündete als neuer Leiter des Bauhauses für eine marxistische Baulehre zur Schulung des sozialistischen Architekten einzutreten und sich selbst in die Front des Proletariats einzureihen. Herr Meyer berief sogar marxistische Gastdozenten nach Dessau. Der bekannteste unter ihnen war der Chefideologe der KPD Herrmann Dunker. Wegen dieser linken Politisierung des Lehrbetriebes am Bauhaus sah sich Herr Oberbürgermeister Hesse 1930 veranlasst, Herrn Meyer fristlos zu entlassen. Herr Mies van der Rohe übernahm das Direktorat, konnte aber keine entscheidende Wende herbeiführen. Die Gegner nannten das Bauhaus eine Kirche des Kommunismus und die „Bauhäusler“ selbst schwärmten von ihrer Kathedrale des Sozialismus. Darin war man sich offensichtlich einig. Von viel größerer Bedeutung für die Schließung des Bauhauses waren jedoch finanzielle und wirtschaftliche Gründe. Im Unterschied zu heute, musste damals die Stadt Dessau 100% der Kosten selbst tragen. Nach den Baukosten für Bauhaus und die Meisterhäuser waren es vor allem die Unterhaltskosten der Gebäude und die Finanzierung des Lehrbetriebes, was die Stadtkasse erheblich belastete. Die am Ende der 20er Jahre einsetzende Weltwirtschaftskrise, die durch Massenarbeitslosigkeit weite Teile der Bevölkerung in das soziale Elend und viele Familien in bittere Not stürzte, traf Deutschland schwer und das hochindustrialisierte Dessau besonders hart. Schon Ende 1929 hatte Dessau 4.179 Arbeitslose, deren Zahl sich 1930 auf 6.125 und 1931 auf 9.651 dramatisch steigerte. Vor diesem Hintergrund kann jeder nachvollziehen, dass die hohen Kosten für die Betreibung des Bauhauses in der Bevölkerung, aber auch bei den jährlichen Haushaltsberatungen im Dessauer Gemeinderat immer weniger Befürworter fanden. In der Erklärung der SPD-Fraktion, warum sie am 22.08.1932 nicht gegen die Schließung des Bauhauses stimmte, heißt es: „Die Sozialdemokratische Fraktion kann nicht leugnen, dass die wirtschaftliche und soziale Notlage weitester Kreise des Volkes, die Millionen öffentliche Mittel für Notdürftige eine Unterstützung erfordern, äußerste Einschränkungen auch für kulturelle Zwecke erheischen.“ Von den 37 an diesem Tage anwesenden Stimmberechtigten im Gemeinderat, stimmten nur 4 von der KPD sowie der Oberbürgermeister Hesse gegen die Schließung. Die Behauptung, die NSDAP hätte das Dessauer Bauhaus geschlossen, ist offensichtlich eine Lüge, da sie nur über 15 Gemeinderäte verfügte.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, unterbricht Herrn Dreibrodts an dieser Stelle, da seine Ausführungen sehr politisch sind und verwies weiterhin auf die vorgegebene Redezeit.

Herr Dreibrodts erwidert, dass kaum ein Bürger in der Einwohnerfragestunde die Redezeit einhalten konnte. Die Spitzenzeit hatte Herr Jacob Uwe Weber mit fast 6 Minuten. Er bat darum, seinen letzten Abschnitt vortragen zu lassen, da er sich ansonsten später noch einmal melden müsste.

Fortführend legte **Herr Dreibrodts** dar, dass die Unsinnigkeit dieser Beschlussvorlage noch von der Provokation übertroffen wird. Der ehemalige SED-Parteisekretär Ralf Schönemann und seine Parteifreunde verlangen eine Entschuldigung für nach ihrer Meinung politisches, moralisches und gesetzliches Unrecht, weil es endlich an der Zeit ist, Verantwortung dafür zu übernehmen, was in Deutschland geschehen ist. Gerade die Kommunisten, die sich nach SED und PDS nun Die Linke nennen, verlangen, dass Abbitte geleistet wird, für Entscheidungen an denen andere Stadträte nicht beteiligt waren. Bis heute haben sie sich nicht für begangenes Unrecht bei den Opfern ihrer Diktatur im Osten Deutschlands entschuldigt. Die Genossen, welche 40 Jahre in ihrem Arbeiter- und Bauernstaat die Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinsfreiheit, Pressefreiheit und Reisefreiheit unterdrückten, die Demokratie mit Füßen traten, verantwortlich für Mauertote sind und willkürlich 10.000 Jahre Zuchthaus verhängten, Kinder aus Familien verschleppten, Biografien zerstörten sowie für Erniedrigung und Gewalt verantwortlich waren, sollten mit ihrer permanenten Politisierung des Dessau-Roßlauer Stadtrates aufhören und sich auf die Sacharbeit konzentrieren, die unsere Stadt voranbringt und unsere Bürger wirklich interessiert und ihnen dienlich ist. Defizite, Missstände und Probleme in Dessau-Roßlau gibt es mehr als genug. Die Mitglieder der Freien Fraktion lehnen diese Beschlussvorlage ab.

Frau Benckenstein, Freie Fraktion, bedauert die Entscheidung von 1932, aber Sie wird sich nicht dafür entschuldigen. Schuld daran hat eine persönliche Angelegenheit. Es kann keine Rede davon sein, dass Menschen, die während der Nazizeit oder danach geboren sind, mit irgendeiner Schuld im Zusammenhang stehen. Der Stadtrat trägt keine Verantwortung für die Vergangenheit, sondern für die Gegenwart und für die Zukunft. Die Vergangenheit wird nicht vergessen, denn ohne die Kenntnisse dessen was geschehen ist, kann es keine verantwortungsbewusste Zukunft geben. Sie bedauert, dass mehr Zeit mit Diskussionen zur Vergangenheit verbracht wird, anstatt in die Zukunft zu schauen. Die Vergangenheit kann nicht geändert werden, aber die Zukunft kann verantwortungsvoll gestaltet werden. Das muss nicht mit Beschlüssen besiegelt werden.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, macht auf das öffentliche Interesse der Beschlussvorlage aufmerksam. Es wäre fatal, wenn dieser Beschlussvorlage mit Diskussionen ein negativer Touch verpasst werden würde. Er ist Herrn Weber für seine Ausführungen sehr dankbar, was die Stadt für das Bauhaus bisher und auch weiterhin leistet, was ein klares Bekenntnis ist. Es wurde erreicht, dass es keine Entschuldigung gibt, da die Stadträte dies nicht zu verantworten haben. Dennoch kann bedauert werden, dass diese Entwicklung, die damals einen positiven Anfang gesetzt hat und in die Welt gegangen ist, Entwicklung nicht fortgesetzt worden ist, aus welchen Gründen auch immer.

Wenn der Stadtrat im nächsten Jahr gezwungen wäre, das Anhaltische Theater aus finanziellen Gründen zu schließen, würde Niemand darüber diskutieren, dies nicht zu bedauern. Er wirbt dafür, der Beschlussvorlage mit einem deutlichen Signal zuzustimmen. Im Haupt- und Personalausschuss wurde von einem Stadtrat gefordert, nicht nur zurückzuschauen. Daher hatte Herr Otto versucht, die Beschlussvorlage mit einem Zusatz zu komplettieren, dass ein Signal nach vorn gegeben wird, was nicht erwünscht war, aber er wird nach der Sommerpause eine entsprechende Beschlussvorlage einbringen, die den Blick nach vorn richtet.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, erklärt, ihm ist unklar, welche Rolle Herr Dreibrodth jetzt im Stadtrat spielt. Herr Dreibrodth sitzt jetzt auf dem Stuhl, auf dem zuvor Herr Stadtrat Grey (NPD) saß, bevor der sein Mandat zurückgab. Wenn Herr Dreibrodth seine Rolle spielen will, empfiehlt er auch ihm, sein Stadtratsmandat niederzulegen. Herr Dreibrodth sei einer der wenigen Stadträte, der hier unentschuldig fehlt, seinen Wählerauftrag nicht erfüllt und zum Beispiel zur Sonderstadtratssitzung im Eiskaffee sitzt und beobachtet, wie der Stadtrat nicht vollzählig wird. Herr Berghäuser fragt Herrn Dreibrodth, ob er provozieren möchte, denn, was er hier ausgeführt hat, gehört nicht zur Beschlussvorlage. Diese Informationen könnten bei einer Stiftung aufgearbeitet werden, woran sich Herr Berghäuser gern beteiligen würde, weil er dazu einige eigene Positionen einbringen könnte. Herr Berghäuser fordert Herrn Dreibrodth auf, den Stadtrat und die Besucher nicht mehr zu provozieren und sich an die Geschäftsordnung zu halten.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, macht deutlich, dass die Einzigartigkeit und Wichtigkeit des Bauhauses für alle unumstritten ist. Bei den Diskussionen wurde um Formulierungen gerungen und im Nachgang wurde die Entscheidung von damals ganzheitlich noch einmal betrachtet. Es ist klar, dass die Entscheidung, die der Rat im Jahr 1932 gefällt hat, nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Der Stadtrat ist auch am heutigen Erfolg des Bauhauses beteiligt, denn es wird größtenteils auch finanziell unterstützt. Dennoch wird mit der Diskussion ein großer Fehler begangen, denn das Bauhaus wird wieder politisiert. Die Beschlussvorlage hat einen politischen Beigeschmack, was das Bauhaus nicht nötig hat. Der Stadtrat sollte in die Zukunft der Stadt Dessau-Roßlau und des Bauhauses schauen. Die Fraktion hat die Entscheidung zur Beschlussvorlage freigegeben und daher wird das Ergebnis sicher neutral ausfallen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, möchte sich nicht auf die Ebene der Auseinandersetzung begeben, da große Teile des Wortbeitrages bereits widerlegt wurden. Er merkte an: „Wer sich zu seiner Geschichte verhält, als hätte er nicht gelebt, wird auch keine Zukunft haben“.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürger-Forum, Die Grünen, sprach Herrn Dreibrodth gegenüber seine Solidarität aus. Es kann nicht sein, dass von Seiten der Linken nur die eigene Meinung in Ordnung ist. Denn Herr Dreibrodth hat lediglich Material aus dem Stadtarchiv zitiert, welche aus den Protokollen der Gemeinderatssitzungen stammen. Die Abstimmungsergebnisse aus dem Gemeinderat werden nicht Jedem passen. Dass sich die Sozialdemokraten damals enthalten haben, wodurch der Mehrheitsbeschluss der Nazis zustande kam, tut weh, aber Herr Dreibrodth kann

nicht deshalb als Nazi hingestellt werden, denn Herr Weber kennt ihn als Sozialdemokraten, auch wenn er nicht mehr in dieser Partei ist.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf den von **Herrn Busch, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, gestellten **Antrag auf Schluss der Debatte**.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, hat sich relevante Unterlagen aus dem Stadtarchiv zukommen lassen. Es müsse unterschieden werden, dass es damals eine Stadtverordnetenversammlung und einen Gemeinderat gegeben hat. Zur Stadtverordnetenversammlung gehörten die Stadträte und der Oberbürgermeister und zum Gemeinderat gehörten noch die Magistratsmitglieder, welche heute die Beigeordneten sind. Diese Magistratsmitglieder hatten im Gemeinderat ein Stimmrecht. Es war erst möglich, eine Mehrheit für die Schließung des Bauhauses zu bekommen, als die anhaltische Landesregierung 1932 zwei Magistratsmitglieder durch zwei Linientreue ersetzt hat. Bis dahin hatte Fritz Hesse mit den Sozialdemokraten und der KPD mit 20 Stimmen eine Stimme Mehrheit. Erst mit der Amtserhebung von zwei amtlichen Stadträten wurde der NSDAP-Antrag zur Schließung des Bauhauses erreicht. Ohne das Eingreifen des Landes Anhalt konnte die Gemeindevertretung bis 1932 das Bauhaus halten.

Nach Verlesen des Beschlusstextes und den Hinweis auf die Änderung der Anlage 1, das Wort entschuldigen durch „sein Bedauern auszudrücken“ zu ersetzen wurde die Beschlussvorlage durch den Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm, in geänderter Form zur Abstimmung gebracht.

Beschluss:

Der Stadtrat von Dessau-Roßlau bedauert die Entscheidung in der Gemeinderatssitzung der Stadt Dessau am 22. August 1932, den Lehrbetrieb per 1. Oktober 1932 einzustellen, alle Lehrkräfte des Bauhauses zu entlassen und somit praktisch das Bauhaus in Dessau zu schließen.

Abstimmungsergebnis: 26:04:11

Anschließend wurde eine halbstündige Pause (von 18:20 Uhr bis 18:50 Uhr) durchgeführt.

Während der Pause verließ Frau Christa Müller, CDU-Fraktion, die Sitzung. (40)

7.6 Ehrenggrab Heinrich Deist Vorlage: FV/007/2018/SPD

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, erläutert als Einreicher der Beschlussvorlage, dass Heinrich Deist seit 1905 Stadtrat und stellvertretender Stadtratsvorsteher war. 1918 als Vertreter im Staatsrat, hat er den Übergang von der Fürsteherrschaft zur Demokratie mit vollzogen. Er war der erste Ministerpräsident des Freistaates Anhalt von 1919 bis 1932. Er förderte die Ansiedlung von Hugo Junkers. 1924 erreichte er, dass die Schlösser Wörlitz, Luisium und Oranienbaum in eine Stiftung überführt wurden. Er war maßgeblich daran beteiligt, dass das Bauhaus nach Dessau kommt. Bei den Nationalsozialisten wurde er zweimal verhaftet und kam in Haft, seine Pension wurde ihm aberkannt. Nach 1945 wurde er der letzte Präsident des Verwaltungsbezirkes Anhalt. Er wohnte bis zu seinem Tod in Dessau-Mosigkau und ist auch dort begraben. Sein Kind, ein langjähriger Bundestagesabgeordneter, ist leider verstorben, d. h. er hat keine direkte Verwandtschaft mehr. Die Grabpflege (Bepflanzungen) würde ca. 249,- Euro kosten. Abschließend lud Herr Eichelberg alle zur Gedenkveranstaltung für Heinrich Deist, seinem 55. Todestag, am 19.06.2018, 16:00 Uhr, auf den Friedhof Mosigkau, ein.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Grabstätte von Heinrich Deist (kirchlicher Friedhof Mosigkau), in ein Ehrengrab der Stadt Dessau-Roßlau umzuwidmen.

Abstimmungsergebnis: 36:01:03

7.7 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für den Zuschuss an das ATD Vorlage: BV/170/2018/II-20

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gibt das Abstimmungsergebnis des Haupt- und Personalausschusses mit 10:00:00 bekannt.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck, erklärt, dass die nächsten 3 Vorlagen inhaltlich zusammenhängen. Mit dem Wirtschaftsplan des Anhaltischen Theaters 2018 ist erstmalig ausgewiesen, dass das Anhaltische Theater die Rücklagen vollständig aufgebraucht hat und ein Minus in Höhe von 151.600 Euro ausweist. Normalerweise wird das innerhalb der nächsten 5 Jahre ausgeglichen. Da die Rücklagen aufgebraucht sind, muss der Träger den Zuschuss geben. Im Haushalt ist der erhöhte Zuschuss nicht dargestellt. Deshalb ist der Wirtschaftsplan vom Landesverwaltungsamt beanstandet worden. Des Weiteren wurde der Hinweis gegeben, dass die Eigenmittel in Höhe von 167.000 Euro für die Raumbühne und die Verpflichtungsermächtigung nicht in unserem Haushalt dargestellt wurden. Mit den beiden jetzt zu behandelnden Vorlagen werden diese Umstände geheilt.

Beschluss:

Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für den Zuschuss an das Anhaltische Theater Dessau für die Raumbühne in Höhe von 167.000 EUR wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.8 Genehmigung eines überplanmäßigen Aufwandes / Auszahlung für den Zuschuss an das Anhaltische Theater Dessau in Höhe von 151.600 EUR
Vorlage: BV/169/2018/II-20

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, gibt das Abstimmungsergebnis des Haupt- und Personalausschusses mit 40:00:00 bekannt.

Beschluss:

Der überplanmäßige Aufwand / Auszahlung für den Zuschuss an das Anhaltische Theater Dessau in Höhe von 151.600 EUR wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.9 Wirtschaftsplan 2018 für den Eigenbetrieb Anhaltisches Theater Dessau
Vorlage: BV/168/2018/IV-ATD

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2018 für den Eigenbetrieb Anhaltisches Theater Dessau wird beschlossen

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.10 Verbesserung der Grünpflege zum Bauhausjubiläum 2018/2019 - Genehmigung eines überplanmäßigen Aufwands und Auszahlungen 2018
Vorlage: BV/113/2018/II-EB

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, gibt das Ergebnis der vorberatenden Gremien bekannt:
 Betriebsausschuss Eigenbetrieb Stadtpflege: 9:0:0
 Ausschuss für Finanzen: 40:00:00

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, merkt an, dass dieses Grundanliegen der Stadt, welches gut aufgearbeitet wurde, über die Jahre 2018 und 2019 hinaus gelten muss. Das könnte ein Impuls sein, wie an diesem Thema weitergearbeitet werden kann, denn für die in Auftrag gegebene Problemlösung ist das zu kurz gefasst.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, verweist darauf, dass seine Fraktion Einreicher der ursprünglichen Beschlussvorlage war. Die Ursachen waren der unzureichende

Zustand der Grünflächen in der Stadt, die vielen Beschwerden und die nicht hinnehmbare Situation. Mit dieser Vorlage wird ein erster Schritt in die richtige Richtung für die Jahre 2018 und 2019 gemacht. Es ist ein wichtiger Schritt zur zeitnahen Verbesserung der Situation im Hinblick auf das Bauhausjubiläum. Dem Stadtpflegebetrieb und Frau Bürgermeisterin Nußbeck sprach er seinen Dank für die Begleitung aus. Es wird aber auch deutlich, dass es ein längerfristiges Thema ist und dass man sich auf eine dauerhafte Lösung einstellen muss. Um eine dauerhafte Lösung herbeizuführen wird es, was die Grünpflege, Grüngestaltung und die Planung betrifft, für notwendig gehalten, eine organisatorische Lösung zu finden, die das Ganze (Gestaltung, Planung und Pflege) zusammenführt. Es ist eine Stadtgestaltungsgeschichte, weshalb es als gesamtes Thema in diesem Bereich anzusiedeln ist. Alle Organisationsuntersuchungen zu diesem Thema zeigen, dass eine Stelle notwendig ist, die das in der Kernverwaltung repräsentiert, damit ein dauerhafter Erfolg garantiert ist. Dass das Ganze auch eine Haushaltsproblematik beinhaltet, ist auch klar. Frau Nußbeck hat sich selber widerlegt. Sie hat die Vorstöße zur Budgetierung immer abgewiesen, aber gerade dieses Beispiel zeigt, wie es gelingen kann, eine budgetierte Vorlage zu machen, die Kosten zu begründen, Ziele zu definieren und genau zu sagen, was möglich ist und was nicht. Diese Vorgehensweise ist auch für andere Sachen wünschenswert.

Auf die Beschlussvorlage eingehend, erklärte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**, dass der erste Schritte mit der Haushaltsaufstellung 2018 gemacht wurde, denn dort wurden bereits die ersten Mittelerhöhungen eingepreist. In diesem jetzt zweiten Schritt wurde beschrieben, wie mit einem größeren Verwaltungsaufwand die vernachlässigten Grünflächen wieder in einem ordentlichen Zustand versetzt werden und wie diese dann mit einem entsprechenden adäquaten Aufwand weiter unterhalten werden. Die Beschlussvorlage beinhaltet nicht, was an Investitionen möglicherweise getan werden kann, um pflegearme Flächen zu schaffen, damit an anderen Stellen ein Freiraum entsteht, um an für uns wichtigen Stellen den Pflegeaufwand zu intensivieren. Die organisatorische Betrachtung wird noch erfolgen. Der Zeitraum 2018 und 2019 wurde bewusst vorgeschlagen. Man kennt den Aufwand, der in den Folgejahren anfallen wird, wenn der Pflegezustand so beibehalten werden soll, wie er für 2019 geschaffen wird. Man weiß aber auch um die anderen im Stadtrat zu diskutierenden Themen, wie z. B. die kostenlose Frühstücksversorgung. Jetzt über die Beschlussvorlage schon Pflöcke einzuschlagen, wäre unfair, weshalb mit der Haushaltsberatung 2019 festgelegt werden soll, was ist am wichtigsten und wofür soll viel Geld ausgegeben werden.

Die Kosten sind bekannt. Diese abzuwägen, was können wir leisten und in welchem Umfang, müssen die Stadträte.

Frau Storz, 2. Stellv. Stadtratsvorsitzende und SPD-Fraktion, erklärt, der Ansatzpunkt, kostenlose Frühstücksversorgung für unsere Kinder kontra saubere Stadt, ist nicht richtig und schon in der Fragestellung ist eine Präjudizierung vorgesehen, was unzulässig ist. Es muss genau überlegt werden, welche Alternativen den Stadträten vorgelegt werden, denn diese haben die Freiheit und die Pflicht über die Gelder zu entscheiden, ohne solche Vorgaben. So eine Aufrechnung vorgegeben zu bekommen, ist unfair und falsch. Es ist sowohl die kostenlose Frühstücksversorgung für die Kinder als auch eine saubere Stadt wichtig.

Beschluss:

1. In Vorbereitung des Bauhausjubiläums im Jahr 2019 wird die Grünflächenunterhaltung im Stadtgebiet von Dessau-Roßlau in ausgewählten prioritären Gebieten
 - im Stadtzentrum, im Umfeld der Bauhausbauten und dazugehöriger Wegeverbindungen gemäß Anlage 2 und
 - im Georgengarten gemäß Anlage 3 verbessert.

2. Zur Finanzierung der zusätzlichen Pflegemaßnahmen in den prioritären Gebieten im Jahr 2018 wird ein überplanmäßiger Aufwand/Auszahlung beim Produktkonto Zuschüsse an den Eigenbetrieb Stadtpflege zur Pflege der öffentlichen Grünflächen in Höhe von 271,1 TEUR beschlossen. Die Deckung erfolgt aus Mehrerträgen/-einzahlungen aus erübrigten Finanzmitteln der Zuschüsse für Grünpflege und Straßenbeleuchtung per 31.12.2017, die der Eigenbetrieb Stadtpflege an den Aufgabenträger zurückzahlt.
3. Für das Jahr 2019 werden die Haushaltsmittel in Höhe von 508.500 EUR für die Verbesserung der Grünpflege in diesen Gebieten im Rahmen der Haushaltsplanung bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.11 Maßnahmebeschluss zur Errichtung einer neuen Kindertagesstätte in der Essener Straße
Vorlage: BV/476/2017/V-DKT

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gibt das Abstimmungsergebnis des Betriebsausschusses Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten mit 9:0:0 und des Stadtbezirksbeirates Ziebigk und Siedlung mit 2:0:2 bekannt.

Planmäßig ist vorgesehen, mit diesem Ersatzneubau 2 vorhandene Kindereinrichtungen, nämlich die Villa Kunterbunt und die Kindereinrichtung Bussibär, zu schließen, erläutert **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**. Ob das zu dem Zeitpunkt getan werden kann oder nicht, wird die Entwicklung der Kinderzahlen zeigen. Über den Gestaltungsentwurf gab es differente Standpunkte. Der Gestaltungsbeirat hatte der Stadt die Empfehlung für eine andere Variante gegeben. Der Eigenbetrieb DeKiTa hat diese Hinweise aufgenommen und noch einmal den im Betriebsausschuss favorisierten Entwurf qualifiziert. Die Beschlussvorlage weist einen Variantenvergleich, zwischen der Variante 2a, das ist der vom Gestaltungsbeirat favorisierte Entwurf und der Variante 3, das ist der vom Betriebsausschuss DeKiTa favorisierte Entwurf, aus. Die Vor- und Nachteile wurden gegeneinander aufgewogen. Neben den finanziellen günstigeren Voraussetzungen sprechen noch andere Argumente für den Entwurf der Variante 3. Hier ist die Außenspielfläche zwar etwas ungünstiger bezüglich der Innenspielfläche, aber andererseits bestehen bautechnologische Vorteile, weil die Variante 3 weniger risikobehaftet ist. Das Gebäude ist in dieser Form schon einmal errichtet worden. Insofern sind die Risiken bekannt und auch die Kosten sprechen für diese Variante.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck verwies auf den in der Anlage 7 ausgewiesenen Planungs- und Bauablauf. Wenn heute die Entscheidung getroffen wird, soll morgen der Beginn für die weiterführende Planung sein. Das Baugrundgutachten soll bis zum 31.07.2018 erstellt werden. Die Fertigstellung der Genehmigungsplanung ist für den 27.07.2018 vorgesehen und der Antrag der Baugenehmigung soll bis zum 30.07.2018

gestellt werden. Planmäßig soll die Baugenehmigung bis zum 31.10.2018 erteilt werden und Baubeginn soll am 01.03.2019 sein. Nur unter der Bedingung einer solchen straffen Zeitschiene kann diese Einrichtung im August 2020 geöffnet werden. Deshalb und weil ein erhöhter Zeitdruck besteht, sollte der Beschlussvorlage zugestimmt werden. Diese Kindereinrichtung, die der Ersatzbau für die Kindereinrichtung „Bremer Stadtmusikanten“ sein soll, muss zu dem Zeitpunkt vorhanden sein, damit die Kinder der Kindereinrichtung während der Sanierungsphase über das Stark III-Programm ein Ausweichquartier haben. Erst wenn die Kinder der Bremer Stadtmusikanten wieder in ihre künftig sanierte Einrichtung zurückgehen, kann darüber geredet werden, wie es mit den künftigen Einrichtungen weitergeht, was bei der Entscheidung berücksichtigt werden sollte.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, bemerkt, es ist zweifelsohne, dass die neue Einrichtung sein muss, um die Stark III-Projekte umzusetzen und um die Sanierungsmaßnahmen voranzutreiben. Er verweist aber auf die Defizite im Bereich der DeKiTa. Es gibt erhöhte Nachfragen in den Kindereinrichtungen, die nicht gedeckt werden können. Er bittet eindringlich, zeitnah zu überdenken, ob wir andere Einrichtungen an diesen Standort setzen wollen, um weitere zu sanieren, was auch wichtig ist. Jedoch gibt es zu wenige Kindergartenplätze in dieser Stadt. Aktuell liegt die Zahl im DeKiTa-Bereich bei 140 und mit der neuen Einrichtung und dem Umzug der anderen Einrichtung in diese Einrichtung würden ganze 4 neue Einrichtungsplätze geschaffen. Die Hoheit über die Kindergartenplätze liegt in Dessau-Roßlau beim Jugendamt. Die Vorlage vermittelt das Gefühl, dass wir das Problem im Jugendamt lassen, obwohl wir es durch den städtischen Eigenbetrieb etwas eindämmen könnten. Wenn es soweit ist und wir auf das Jahr 2020 zukommen, bittet er darum, darüber nachzudenken, ob sofort umgezogen wird, oder ob erst notwendige Kindergartenplätze zur Verfügung gestellt werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, ist dankbar, dass nach Jahren des Rückbaus nun in den Neubau gegangen wird. Die Problematik der anstehenden Schließungen, um Neues zu kompensieren, um am Ende diese Unterversorgung abzudecken, ist nach der jetzigen Lesart eine schwierige Situation. Mit der Förderpolitik des Landes werden erst einmal teure Startplätze im Vorlauf zur Zulassung einer solchen energetischen Maßnahme produziert. Im Vorfeld von Planung, Konstruktion u. a. wird jede Menge Geld ausgegeben. Bezüglich der Frage, ob wirklich mehr Kinder geboren werden, muss überlegt werden, ob die Schließungen, die wir vorhatten, die richtige Variante ist. Wir sind dabei, die eine oder andere Einrichtung zu revitalisieren, was als Übergangslösung in den Vorjahren gedacht war. Der generelle Sanierungsbedarf bei den Dessauer Kindertagesstätten und auch in den Schulen macht deutlich, welcher Sanierungsstau anliegt, was sich nicht von heute auf morgen lösen lässt und einen anderen politischen Ansatz benötigt, nicht zuletzt auch durch die Förderung des Landes. Hier ist man auf einem guten Weg. Der Eigenbetrieb DeKiTa ist jetzt in der Lage, Kindertagesstätten zu bauen, was eine hervorragende Entwicklung ist, die zeigt, dass der beschrittene Weg richtig ist.

Im Gestaltungsbeirat hatte man sich darauf verständigt, dass die jetzige Entscheidung, die in der Essener Straße stattfindet, in Zukunft vielleicht Dessauer eigene Handschriften trägt und dass der Gestaltungsprozess vor dem Entscheidungsprozess stattfindet. Auch sollten vielleicht Einrichtungen entwickelt, gestaltet und gebaut werden, die unserem Anliegen als Bauhausstadt Rechnung tragen. Er stellt aber

nicht infrage, dass die jetzt auf den Weg gebrachte Einrichtung die gleichen Kriterien erfüllt.

Auf die Ausführungen von Herrn Adamek eingehend, ergänzt **Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, dass natürlich zunächst das Jugendamt für die Darstellung der vorzuhaltenden Plätze zuständig ist. Das Jugendamt hat eine zentrale Steuerungs- und Vergabefunktion. Allerdings wurde das in der Vergangenheit nicht so umgesetzt, weil genug Puffer vorhanden war. Jetzt ist man wieder dabei, die Steuerungsfunktion des Jugendamtes mehr in den Focus zu rücken. Bereits in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses hatte er angekündigt, dass in der ersten Sitzung nach der Sommerpause im Jugendhilfeausschuss Steuerungsmaßnahmen vorgestellt werden, die kurz-, mittel- und langfristig helfen sollen, die Bedarfe zu decken. Die zusätzlichen Bedarfe, die sich in der Vergangenheit aufgrund von Betriebserlaubnisverfahren in der DeKiTa durch Überziehung der Betriebserlaubnis ergeben haben, wurden gedeckt. Derzeit werden die Kapazitäten der freien Träger angesehen und geprüft, ob es dort Möglichkeiten gibt, Betriebsergebnisse auszuschöpfen, d. h. Reserven zu erschließen. Im Übrigen ist die Kinderfreizeitoase eine weitere Maßnahme, die ab dem 01.01.2019 Entlastung bringen soll. Es gibt aber noch eine Reihe von Maßnahmen, die im August vorgestellt werden sollen.

Beschluss:

1. Dem Neubau einer Kindertagesstätte auf einem Teilbereich des Flurstückes Nr. 2240, Flur 4, Gemarkung Ziebigk, einschließlich des Freigeländes und der Neuausstattung wird auf Grundlage der beiliegenden Vorplanung (Anlagen 2 bis 7) mit Gesamtkosten von 3.178,0 TEUR zugestimmt.
2. Der Übertragung des Grundstückes Essener Straße an den Eigenbetrieb DeKiTa für den Neubau einer Kindertageseinrichtung und gleichzeitig der Rückübertragung der Kindertageseinrichtung „Villa Kunterbunt“ an die Stadt Dessau-Roßlau nach Nutzungsaufgabe wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 38:02:00

7.12 Bebauungsplan Nr. 147 A "Weiterentwicklung zentraler Versorgungsbereich Schlachthof Dessau-Nord" mit örtlichen Bauvorschriften, Abwägungsbeschluss Vorlage: BV/118/2018/III-61

Herr Hofmeister, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, erklärt sich **befangen** und nimmt an der Verhandlung des Tagesordnungspunktes nicht teil.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gibt das Abstimmungsergebnis der vorberatenden Gremien bekannt:

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus: 3:2:1

Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt: 5:2:2

Stadtbezirksbeirat innerstädtisch Nord: 5:0:1

Beschluss:

Die zum Entwurf des Bebauungsplanes vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, wie es in der Anlage 2 zur Beschlussvorlage im beiliegenden Abwägungsvorschlag jeweils angegeben ist.

Abstimmungsergebnis: 30:06:03

**7.13 Bebauungsplan Nr. 147 A "Weiterentwicklung zentraler Versorgungsbereich Schlachthof Dessau-Nord" mit örtlichen Bauvorschriften, Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/120/2018/III-61**

Herr Hofmeister, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, erklärt sich **befangen** und nimmt an der Behandlung der Beschlussvorlage nicht teil.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gibt das Abstimmungsergebnis der vorbereitenden Gremien bekannt:

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus: 3:2:1

Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt: 5:2:2

Stadtbezirksbeirat innerstädtisch Nord: 3:1:2

Beschluss:

Aufgrund des § 10 Abs. 1 des BauGB und § 85 Abs. 3 BauO LSA sowie § 8 KVG LSA beschließt der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau den in der Anlage 2 beigefügten Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.

1. Die in Anlage 3 beigefügte Begründung mit Anlagen und Anhängen zum Bebauungsplan wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis: 29:06:04

**7.14 Änderungsbebauungsplan Nr. 102 A "Gewerbegebiet West" / Aufstellungsbeschluss und Durchführung der frühzeitigen Beteiligung
Vorlage: BV/119/2018/III-61**

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gab das Abstimmungsergebnis der vorbereitenden Gremien bekannt:

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus: 6:0:0
 Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt: 9:0:0
 Stadtbezirksbeirat Alten, West, Zoberberg: 5:0:0

Beschluss:

1. Dem in der Anlage 2 zu diesem Beschluss enthaltenen Antrag auf Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Änderungsbebauungsplans Nr. 102 A „Gewerbegebiet West“ wird stattgegeben. Die Aufstellung des Änderungsbebauungsplans wird für das in der Anlage 3 zu diesem Beschluss dargestellte Gebiet beschlossen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Antragsteller einen städtebaulichen Vertrag zur Übernahme der Planungskosten abzuschließen.
3. Das beiliegende Informationsblatt (Anlage 4) wird zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit gebilligt.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**7.15 Kauf und Aufstellung von Unterrichtscontainern in der Regenbogenschule in Dessau
 - Maßnahmebeschluss und Genehmigung außerplanmäßiger Ausgaben
 Vorlage: BV/134/2018/III-65**

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gibt die Abstimmungsergebnisse der vorberatenden Gremien bekannt:

Ausschuss für Finanzen: 6:0:0
 Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt: 9:0:0

Beschluss:

1. Die Umsetzung der Maßnahme mit einem geschätzten Gesamtausgabebedarf von 1.050.000,00 Mio. € wird beschlossen.
2. Der Haushalts-Ansatz 2018 wird außerplanmäßig um 270.000,00 € erhöht und freigegeben.
3. Die VE 2018 wird außerplanmäßig um 700.000,00 € erhöht und freigegeben.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.16 Maßnahmebeschluss
Energetische Teilsanierung Anhaltisches Berufsschulzentrum "Hugo Junkers"
Fördermaßnahme STARK III
Vorlage: BV/427/2017/III-65

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gibt das Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt mit 8:0:1 bekannt.

Beschluss:

Das Projekt Energetische Teilsanierung Anhaltisches Berufsschulzentrum „Hugo Junkers“ wird auf Grundlage der beiliegenden Vorplanung und vorliegenden Zuwendungsbescheide bis zur Leistungsphase 8 geplant und baulich umgesetzt.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.17 Einführung des Handyparkens in der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/152/2018/III-66

Der Stadtrat hat am 29.04.2015 diese Beschlussvorlage auf den Weg gebracht, die eigentlich nicht kompliziert war, sondern nur zu einer Ausschreibung aufrief, die entsprechend umgesetzt werden sollte, erklärt **Herr Adamek, CDU-Fraktion**. Am 14.08.2017, also ca. 2 Jahre später, hat die Fraktion auf Nachfrage die Antwort vom Oberbürgermeister erhalten, dass ein Zeitplan aufgestellt ist und Ende des Jahres 2017, Anfang 2018, das umgesetzt werden kann. Einen Monat später, im August 2017, wurde dann darüber informiert, dass der Ablauf etwas schwieriger ist und deshalb am 19.03.2018 mit der Einführung gerechnet wird. Jetzt haben wir den 13.06.2018 und es liegt heute eine Vorlage zur Beschlussfassung vor, die nichts anderes aussagt, als die Beschlussvorlage vom 29.04.2015. Er stellt an Frau Beigeordnete Schlonski die Frage, was diese beiden Vorlagen unterscheidet und was zwischen April 2015 und August 2017 passiert ist.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, beantragt das Rederecht für Herrn Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes.

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, verwies darauf, dass die Aufgabe der Einführung des Handyparkens in der Stadt Dessau-Roßlau in den Bereich Straßenrecht, Stadttechnik, Straßenverwaltung des Tiefbauamtes übernommen wurde.

Im gleichen Zeitraum wurden neben dem täglichen Verwaltungsgeschäft folgende Aufgaben mit besonderer Brisanz und Zeitaufwand bearbeitet: Ständige Abstimmung mit Investoren und potentiellen Investoren zu Vorhabenerschließungen. Das bedeutet, langwierige Prozesse, zeitaufwendige Verhandlungen, wie z. B. der Erschließungsvertrag Kochstedt-Hirtenhau, die Erarbeitung und die laufende Betreuung der Aktualisierung Lobenbreite und die neue Straßenerschließung Tornau Pharmapark IDT Biologika, wo rechtlich und kostenseitig einiges zu betreuen und zu klären war.

Weitere Schwerpunkte sind Verhandlungen zu den Kreuzungsvereinbarungen mit der Deutschen Bahn. Hier geht es um viel Geld bezüglich des Finanzanteils der Stadt. Beispielhaft genannt sind hier der Bahnübergang Innsbrucker Straße und der Tunnel Bahnhof Meinsdorf. Das war alles in diesem Bereich, der personell unvollständig besetzt war. Weiterhin erwähnt Herr Pfefferkorn die Federführung des Tiefbauamtes für den gesamten Prozess der Neuausschreibung der Werberechte, einschließlich der Erarbeitung des Werbekonzeptes, was auch nicht wirklich das Kerngeschäft des Tiefbauamtes ist. Das geschah im Spannungsfeld von Maximierungswünschen, der Einnahmen über Gewährleistung eines modernen Stadtbildes bis zur möglichst kostenfreien Eigenwerbung der Stadt. Sollte er in diesen Zusammenhängen die Priorität der Einführung des Handyparkens falsch eingeschätzt haben, übernimmt er dafür die Verantwortung.

Es steht nicht infrage, dass große Bauprojekte in dieser Zeit fortgeschritten sind, entgegnet **Herr Adamek, Fraktion der CDU**. Da er auch mit Ausschreibungen zu tun hat, glaubt er, dass der Umfang wesentlich kleiner ist als jedes Straßenbauprojekt. Gerade deshalb hätte die Einführung des Handyparkens an einer Stelle innerhalb der 2 Jahre parallel laufen können.

Er stellte erneut die Frage, inwieweit sich diese Beschlussvorlage von der ursprünglichen Vorlage unterscheidet.

Bei der ersten Beschlussvorlage ist man von einem Anbieter ausgegangen, entgegnete **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**. Es wurde dann auf eine Anbieterplattform gewechselt. In diesem Zusammenhang gab es noch einige Klärungen mit der Vergabestelle im Hinblick darauf, wie funktioniert das und wie ist der rechtliche Rahmen dafür. Dadurch sind diese Zeitverzögerungen verursacht worden.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, gab das Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt mit 9:0:0 bekannt.

Beschluss:

1. Die Möglichkeit des Handyparkens im Stadtgebiet Dessau-Roßlau wird durch ein Mehrbetreibermodell (Plattform) eingeführt.
2. Es wird ein Interessensbekundungsverfahren zur Gewährleistung der Transparenz und der Erkundung des Marktes durchgeführt zur Ermittlung des Betreibers der Plattform.
3. Diese Umsetzung des Handyparkens im Stadtgebiet Dessau-Roßlau erfolgt auf 2 Jahre mit der Option, um weitere 2 Jahre zu verlängern.
4. Alle anfallenden Gebühren werden durch die Nutzerin / den Nutzer getragen.
5. Die Beschilderung der Automaten erfolgt durch die Stadt Dessau-Roßlau, Tiefbauamt.

6. Die Beschlusspunkte 1 und 2 der BV/308/2017/III-66 „Ausschreibung der Leistung des Handyparkens im Stadtgebiet Dessau-Roßlau„ werden aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

- 7.18 Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung in der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Schwerpunkt "Prüfung der Maßnahme Ersatzneubau Muldebrücke (BW 11) im Zuge der B 185 in Dessau" vom 28.12.2017**
Vorlage: BV/155/2018/III-66

Die Beschlussvorlage wurde zurückgestellt und zur Behandlung an den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt verwiesen.

- 7.19 Maßnahmebeschluss 4. Bauabschnitt Sanierungsmaßnahme Schloss Georgium und Einrichtung der neuen Dauerausstellung Anhaltische Gemäldegalerie**
Vorlage: BV/127/2018/IV-41

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gibt die Abstimmungsergebnisse der vorberatenden Gremien bekannt:

Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt: 8:0:1

Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport: 6:0:2

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, dankt den Akteuren, die den Mut hatten, dieses Vorhaben anzugehen, insbesondere Herrn Bekierz, Leiter des Zentralen Gebäudemanagements und den Fachbereich des Baudezernates. Inzwischen ist es amtsübergreifend ein tolles Projekt, auch in Richtung Kultur und Wirtschaft. Wenn das Projekt umgesetzt wird, setzt Dessau bezüglich der Galeriegestaltung ein deutliches Zeichen, was nicht nur regional von Bedeutung ist. Wenn wir gut sind, schaffen wir es zum Bauhausjubiläum 2019, den Bogen zwischen Aufklärung und Moderne zu spannen. Dieses Projekt ist hier beispielgebend.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, schloss sich den von Herrn Schönemann ausgesprochenen Dankesworten an und dankte ebenfalls den Stadträten, dass sie über Jahre dem Projekt die Treue gehalten und über 4 Bauabschnitte viel Geld bereitgestellt haben, damit unser zweites Weltkulturerbe zum Jahr 2019 als Zeugnis der Aufklärung präsentiert werden kann. Er dankt aber auch dem Land und dem Bund für die geleisteten Zuschüsse (Land Sachsen-Anhalt: 2,2 Mio. Euro), (Bund 3 Mio. Euro). Zusätzlich werden 1,4 Mio. Euro durch die Stadt für den 4. Bauabschnitt bereitgestellt. Neben den Dankesworten an die Kolleginnen und Kollegen des Baudezernates, des Zentralen Gebäudemanagements und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kulturamtes, dankte er auch der Kulturstiftung Sachsen-

Anhalt, Herrn Professor Nestler, der dieses Vorhaben wesentlich unterstützt. Ebenfalls sprach er dem Amt für Denkmalschutz, Frau Lüttich und Frau Dr. Wendland, seinen Dank aus, da die Zusammenarbeit hervorragend funktioniert hat.

Beschluss:

1. Die Fortführung der Sanierung Schloss Georgium in einem 4. und letzten Bauabschnitt mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 7.615.000 Euro wird beschlossen.
2. Die Neueinrichtung der Dauerausstellung Anhaltische Gemäldegalerie mit einem Volumen von 444.300 EUR für Inneneinrichtung, Erstausrüstung, Möblierung im Invest-Haushalt und Aufwendungen zur Vorbereitung der Inbetriebnahme/Präsentation und Umsetzung des Vermittlungskonzeptes im Ergebnishaushalt in Höhe von 427.300 Euro wird beschlossen.

**7.20 Übernahme des Naturbades Großkühnau durch den Heimat- und Traditionsverein Großkühnau e.V. als Vereinsgelände mit Badestelle
Vorlage: BV/167/2018/IV-52**

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gibt das Abstimmungsergebnis des Ortschaftsrates Großkühnau mit 5:0:0 bekannt.

Frau Benckenstein, Freie Fraktion, legt dar, dass sie den Bürgern von Kühnau ihre Unterstützung zur Erhaltung des Bades zugesagt hat und auf die Frage, warum sie damals im Stadtrat gegen diese Badestelle gestimmt hat, war ihre Antwort, dass sie das Bad als öffentliche Badestelle für alle Bürger der Stadt zugänglich erhalten möchte.

Der Stadtrat hat im Jahr 2017 bei 37 anwesenden Stadträten und mit 36 Ja-Stimmen ein öffentliches Bad beschlossen, das von jedem Bürger genutzt werden kann. Sie findet es nicht schön, dass dieses Bad entwidmet werden soll und nie wieder als öffentliche Badestelle öffentlich genutzt werden kann, sondern nur noch als Badestelle für Vereinsmitglieder. Das heißt auch, dass der vor einem Jahr gefasste Beschluss rückgängig gemacht wird.

Frau Benckenstein stellt den **Antrag**, den Beschlusspunkt 4 der Beschlussvorlage zu streichen und zu ersetzen durch: „Der Heimatverein setzt sein Ziel darauf, in spätestens 2 Jahren das Naturbad für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.“ Des Weiteren merkt sie an, dass sie die Anlage 2 der Beschlussvorlage, den Pachtvertrag, nicht in den Unterlagen hat.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, spricht sich gegen diesen Antrag aus und bittet um Zustimmung zur vorliegenden Beschlussvorlage, da sie die Grundlage zur Entscheidung der Mitgliederversammlung zum Betrieb dieses zukünftigen Vereinszentrums, des Heimatvereines Großkühnau, ist, wo am Ende sich Chancen öffnen, dieses Bad der Bevölkerung in geeigneter Form zurückzugeben. Die gegenwärtige Situation ermöglicht das leider nicht. Deshalb ist die vorliegende Variante die beste.

Herr Hernig, Freie Fraktion, fragt was dagegen spricht, wenn dem Verein eine zeitliche Frist gesetzt wird. Der Verein wird auch finanziell unterstützt, kann das Bad aufbauen und im nächsten oder übernächsten Jahr den Betrieb des Bades öffentlich machen. Er wird von einem städtischen Grundstück gesprochen und wir privilegieren etwas zu schaffen und etwas von der Stadt zu nutzen und bezuschussen den Verein mit Mitteln aus dem städtischen Haushalt. Da diese Mittel von allen Bürgern eingebracht werden, sollte dem Bürger versichert werden, dass das zurückkommt, weshalb er um Zustimmung zum Änderungsantrag bittet.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, bittet darum, dem Änderungsantrag nicht zuzustimmen, da nach fast 3-jähriger Verhandlungszeit endlich eine Lösung gefunden wurde, die das Baden für Vereinsmitglieder für die nächsten Jahre sichert. Der Pachtvertrag wird für 5 Jahre mit der Option auf Verlängerung geschlossen. Es gibt immer die Möglichkeit andere Entscheidungen zu treffen. Ein Großteil des Zuschusses an den Verein ist investiv, so dass die Investitionen bei Rückfall des Pachtgegenstandes wieder in das Eigentum der Stadt kämen. Es ist nicht die gesamte Summe, die jetzt verkonsumiert werden kann, sondern es werden 16 T€ von 20 T€ in Investitionen gesteckt, die dann auch, wenn der Pachtgegenstand an uns zurückgeht, wieder an die Stadt zurückfließen. Mit dem Verein wurde besprochen, dass ein Naturbad nicht betrieben werden kann, sondern ein Vereinsgelände mit Badestelle. Bezüglich der Frage von Frau Storz zu Beginn der Sitzung bezüglich der Öffnungszeiten der Bäder, legt er dar, dass es sehr schwer ist, überhaupt eine Aufsicht für ein Bad zu finden. Selbst wenn heute ein anderes Konstrukt überlegt werden würde, sei es unwahrscheinlich, dass überhaupt am Markt frei verfügbare Badkräfte zeitnah zugänglich sind. Der Verein hat erklärt, dass er das nicht finanzieren kann. Wir würden letztendlich mit so einer Entscheidung einen ausverhandelten Pachtvertrag zum Scheitern führen und das Bad wäre für die Bevölkerung in absehbarer Zeit nicht einmal als Badestelle nutzbar. Deshalb sollte der vorliegenden Beschlussvorlage zugestimmt werden.

Der **Änderungsantrag** wurde nach Verlesen zur Abstimmung gebracht und mehrheitlich 03:34:03 **abgelehnt**.

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau verpachtet das ehemalige Naturbad Großkühnau an den Heimat- und Traditionsverein Großkühnau e.V. als Vereinsgelände mit Badestelle.
2. Der Pachtvertrag beinhaltet folgende Vertragseckpunkte:
 - Verpachtung des Geländes des ehemaligen Naturbades Großkühnau auf 5 Jahre mit Verlängerungsoption.
 - Der Verein übernimmt sämtliche Verkehrssicherungspflichten für das gepachtete Areal. Er beachtet hierbei insbesondere die einschlägigen Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen e.V.
3. Eine Anschubfinanzierung in Höhe von bis zu 20.000 EUR (Brutto) wird beschlossen.

4. Die Entwidmung des Naturbades Großkühnau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:03:02

**7.21 Gesamtwirtschaftliches Zukunftskonzept für das Oberzentrum Dessau-Roßlau
in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg und der Metropolregion
Mitteldeutschland
Vorlage: BV/477/2017/IV-80**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, gab das Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus mit 5:1:0 bekannt.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, verwies auf die immense Bedeutung des Konzeptes für die Stadt Dessau-Roßlau. Deshalb hätte es im Vorfeld der Beschlussfassung im Stadtrat ausführlicher beraten werden müssen. Die Zeit dafür war da, denn der Abschlussbericht lag im Oktober 2017 vor. Trotzdem wurde es erst im Mai 2018 zur politischen Diskussion, neben vielen anderen Punkten, in den Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus gegeben. Eine umfangreiche Diskussion ist auch im Stadtrat nicht möglich. Er findet das Konzept beachtlich, jedoch kann er nicht allen Aussagen folgen, da der Komplettbericht nicht vorliegt. Er fordert die Verwaltung deshalb auf, je einen Komplettbericht kurzfristig in die Fraktionen zu geben, um eine Grundlage für weitere Diskussionen zu haben. In der Vorlage selbst fehlen Aussagen zur Konsequenz für die Arbeit mit dem Konzept und zum Stand nach 7 Monaten Arbeit mit dem vorliegenden Konzept. Das Konzept enthält viele gute Ideen, die sich lohnen weiter verfolgt zu werden. Impulsgeber und Motor dafür muss dabei die Wirtschaftsförderung sein. Er fürchtet allerdings, dass dafür die personelle und qualifizierte Ausstattung nicht vorhanden ist. Darüber und über die erforderlichen Finanzmittel sollte kurzfristig mit dem Stadtrat diskutiert werden, auch um gegebenenfalls Konsequenzen für die Haushaltsplanung zu ziehen. Er fordert die Verwaltung auf, die einzelnen Themenschwerpunkte des Konzeptes mit dem Stadtrat ausführlich zu diskutieren, am besten in eigens dafür einberufenen Sondersitzungen, um gemeinsam Prioritäten zu setzen und Umsetzungsstrategien festzulegen. Wenn die Ergebnisse dieser Arbeit öffentlich gemacht werden und Fortschritte in einzelnen Projekten vermittelt werden können, besteht die Chance, eine neue Aufbruchstimmung in der Stadt zu initiieren, die dringend benötigt wird.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck bestätigt, die Informationen zur Kenntnis genommen zu haben.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, begründet seine im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus erteilte Gegenstimme. Den Stadträten ist sicher nicht bekannt, dass am 18.08. im Wirtschaftsausschuss eine Beschlussvorlage eingereicht wurde, dieses Gesamtwirtschaftliche Zukunftskonzept auf den Weg zu brin-

gen. Mit dieser Information wurde auch auf die Zielstellung des Projektes eingegangen. Er legt die Zielstellung dar:

1. Erstellung eines Gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzeptes für die Stadt Dessau-Roßlau vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen.
2. Herausstellung von Alleinstellungsmerkmalen des Oberzentrums Dessau-Roßlau.
3. Bessere Positionierung der Stadt Dessau-Roßlau gegenüber den Landesstrategien.
4. Erarbeitung eines umsetzungsorientierten Masterplanes mit Empfehlung zur Umsetzung von konkreten Projekten und Maßnahmen.
5. Anzeigen von Kooperationsansätzen innerhalb der Stadt.

Der Projektzeitraum war vom 09.06. bis zum 30.06.2017 vorgesehen. In der damaligen Projektbeschreibung wurden auch folgende Handlungsfelder bestimmt: 1. Wirtschaft, Tourismus, Bildung und Wissenschaft, 2. Kultur, Freizeit und Sport, 3. Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, 4. Handel und Versorgung, 5. Landwirtschaft und Umwelt und 6. Soziales Miteinander.

Nachdem also 100 T€ für den heute vorliegenden Endbericht ausgegeben wurden, stellt sich die Frage, ob es ein Konzept, ein Bericht, ein Gutachten oder eine Beschreibung dessen ist, was getan wurde und ob die Zielstellung dieser Aufgabenstellung laut Beschlussvorlage in den vorgegebenen Handlungsfeldern unteretzt wurde. Zum Glück hat unser Wirtschaftsdezernent in der Begründung des Beschlusses versucht, Projekte bzw. Maßnahmen zusammenzufassen und deren Umsetzung in kurz-, mittel- und langfristig einzustufen. Konkrete zielführende abrechenbare Projekte und Maßnahmen sowie neue Erkenntnisse sind in diesem Konzept leider nicht vorhanden.

Es wird davon ausgegangen, dass die weitere Vorgehensweise des Amtes für Wirtschaftsförderung vorsieht, die notwendigen Maßnahmebeschlüsse den zuständigen Gremien vorzulegen und über die Umsetzung des Gesamtwirtschaftlichen Zukunftskonzeptes in qualifizierter Form zu berichten. Die Fraktion wird die Vorlage heute zur Kenntnis nehmen, aber nicht zustimmen.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, verweist auf die ausführliche Diskussion in der Fraktion, die zu ähnlichen Schlussfolgerungen, wie sie Herr Otto vorgetragen hat, kommt. Die Diskussion des Konzeptes in speziellen Gremien ist erforderlich, um das Thema zu vertiefen und zu sehen, was in anderen Bereichen getan werden muss, um eine wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen. Insofern sollte unmittelbar nach der heutigen Beschlussfassung, die eigentlich nur eine Kenntnisnahme ist, in speziellen Gremien die Diskussion vertieft werden.

Auf die Anregungen eingehend, erklärt **Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, seine Bereitschaft zur Diskussion des Konzeptes, der Prioritäten und der Strategien. Einige Dinge laufen schon, andere können gemeinsam auf den Weg gebracht werden. Die für die Erstellung des Papiers geflossenen Mittel wurden von einem sehr umfangreichen Prozess begleitet, so für zum Beispiel für zahlreiche Interviews und für eine Materialauswertung. Es gibt auch Zwischenberichte und den jetzigen Endbericht. Selbstverständlich können die Fraktionen alle entstandenen Zwischendokumente bekommen, damit sie sich einen Überblick verschaffen können. Anschließend kann in die Diskussion gegangen werden.

Da dieses Papier und die Aufgabenstellung ein zentrales Thema dieser Legislaturperiode ist, hat sich die Fraktion es sich nicht leicht gemacht, bemerkte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**.

Die Wertschöpfung, die uns zukünftig zuwendungsbedeutungsmäßig entlasten soll, um Freiräume zu schaffen und um mehr Eigenkreativität in der Umsetzung unserer Zielsetzung zu haben, wird auf den Weg gebracht. Deshalb hat dieses Thema einen hohen Stellenwert. Die Fraktion ist ausdrücklich bereit, an diesem Thema weiterzuarbeiten. Bis zum Jahresende sollten die Dinge auf den Punkt gebracht werden. Es geht nicht darum, jemanden zu kritisieren, sondern die Anmerkungen sind konstruktiv gemeint.

Während der Verhandlung des Tagesordnungspunktes verließ Herr Kolze, CDU-Fraktion, die Sitzung (39).

Beschluss:

Das „Gesamtwirtschaftliche Zukunftskonzept für das Oberzentrum Dessau-Roßlau in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg und der Metropolregion Mitteldeutschland“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Handlungsempfehlungen werden bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 32:00:07

7.22 2. Fortschreibung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen für den Planungszeitraum 2014/15-2018/19
Vorlage: BV/097/2018/V-40

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, gibt die Abstimmungsergebnisse der vorberatenden Gremien bekannt:

Ortschaftsrat Waldersee: 6:0:0

Ortschaftsrat Kochstedt: 5:0:0

Stadtbezirksbeirat innerstädtisch Nord: 4:0:0

Stadtbezirksbeirat Süd, Haideburg, Törten: 5:0:1

Stadtbezirksbeirat Alten, West, Zoberberg: 4:0:1

Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport: 8:0:0

Stadtbezirksbeirat innerstädtisch Mitte, Süd: 7:0:0

Haupt- und Personalausschuss: 10:00:00

Beschlussvorschlag:

Die 2. Fortschreibung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen für den Planungszeitraum 2014/15 – 2018/19 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:01

7.23 Neufestsetzung der Angemessenheitsgrenzen zu § 22 SGB II und § 35 SGB XII - Kosten der Unterkunft und Heizung
Vorlage: BV/148/2018/V-50

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, gibt die Abstimmungsergebnisse der vorbereitenden Gremien bekannt:

Ausschuss für Gesundheit und Soziales: 9:0:0

Haupt- und Personalausschuss: 10:00:00

Beschluss:

Ab 01.05.2018 werden die Angemessenheitswerte für die Kosten der Unterkunft auf der Grundlage des Fachgutachtens der Firma F&B zur Ermittlung der angemessenen Kosten der Unterkunft nach SGB II und SGB XII für die Stadt Dessau-Roßlau entsprechend der Anlage 3 neu festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

7.24 Elternbefragung in allen Kindertageseinrichtungen in Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/163/2018/V-51

Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, erklärt, dass er die in der Anlage aufgeführte Befragung didaktisch nicht perfekt aufgearbeitet findet. Das Anschreiben sollte besser als Flyer gemacht werden, damit alle Leute angesprochen werden und sie nicht nur ein amtliches Schreiben vorfinden. Weiterhin schlägt er vor, keine Fußnoten, wo Tabellen drin sind, zu machen. Auch sollte das Anschreiben, ebenso wie der Fragebogen, in einer 12-Punkt-Schrift und in einer einfachen Sprache gehalten werden, um auch eine Rückmeldung zu bekommen, die statistisch wirksam ist.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gab das Abstimmungsergebnis des Jugendhilfeausschusses mit 10:00:00 bekannt.

Beschluss:

Der Durchführung einer Elternbefragung in Dessau-Roßlau 2018 im Rahmen des Prüfauftrages für ein „Kostenfreies gesundes Frühstück“ wird zugestimmt.

Gemäß § 4 i. V. m. § 6 StatG-LSA wird festgelegt:

- | | |
|---------------------------------|--|
| 1. Zweck der Befragung: | siehe Begründung (Anlage 1) |
| 2. Erhebungsmerkmale: | siehe Fragebogen (Anlage 2) |
| 3. Hilfsmerkmale: | siehe Fragebogen (Anlage 2) |
| 4. Art und Weise der Befragung: | schriftlich/online |
| 5. Befragungszeitraum: | Juli/August 2018 |
| 6. Periodizität: | einmalig 2018 |
| 7. Kreis der zu Befragenden: | alle Eltern der Kinder, die in Kindertageseinrichtungen unabhängig von der |

- Trägerschaft (Kinderkrippe, Kindergarten)
und in der Kindertagespflege in
Dessau-Roßlau betreut werden/Pseudonym
8. Befragung auf freiwilliger Basis, es besteht keine Auskunftspflicht.

Abstimmungsergebnis: 35:01:03

Frau Benckenstein, Freie Fraktion, verließ mit Beendigung des öffentlichen Teils die Sitzung (38).

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und **Nichtöffentlichkeit hergestellt**.

10 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm, schließt die Sitzung um 21:34 Uhr.

Dessau-Roßlau, 25.10.18

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat

Schritfführer